

PROCESSING COPY

OCR

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L
NOFORN

25X1

COUNTRY	East Germany	REPORT	
SUBJECT	Special Issue of the Official Bulletin of the East German State Secretariat for the Collection and Purchase of Agricultural Products (regulations governing delivery quotas of agricultural products for various concerns)	DATE DISTR.	10 JUN 1958
		NO. PAGES	1
		REFERENCES	RD
DATE OF INFO.			25X1
PLACE & DATE ACQ.			(M) 25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE

[redacted] a photocopy of a special issue of the official bulletin (Verfuegungen und Mitteilungen) of the State Secretariat for the Collection and Purchase of Agricultural products, dated 10 February 1958. The issue concerns regulations governing delivery quotas of agricultural products for the various types of agricultural concerns. (32 pages)

[redacted] Comment: When detached from the coverening report, the attachment is unclassified. 25X1

[redacted]

25X1

4/1/50

Do not destroy
4/1/50
WA

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L
NOFORN

STATE	<input checked="" type="checkbox"/> ARMY	<input checked="" type="checkbox"/> NAVY	<input checked="" type="checkbox"/> AIR	<input checked="" type="checkbox"/> FBI	AEC				
-------	--	--	---	---	-----	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Verfügungen und Mitteilungen

DES STAATSEKRETARIATS FÜR ERFASSUNG
UND AUFKAUF LANDWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGNISSE

JAHRCANG 1958 | BERLIN, DEN 10. FEBRUAR 1958 | SONDERDRUCK NR. 1

Rundverfügung

über die Bekanntmachung der Neufassung der Ersten Durchführungsbestimmung vom 31. März 1956 zur Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Vom 19. Januar 1958

I

Als Anlage wird die Neufassung der Ersten Durchführungsbestimmung vom 31. März 1956 zur Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse (GBl. I S. 353), in der Fassung der Zweiten Durchführungsbestimmung vom 6. August 1956 (GBl. I S. 656), der Dritten Durchführungsbestimmung vom 14. Januar 1957 (GBl. I S. 94), der Vierten Durchführungsbestimmung vom 16. Dezember 1957 (GBl. I S. 29/1958), der Verordnung vom 6. September 1956 (GBl. I S. 737) und der Anordnung vom 20. September 1956 (GBl. I S. 822) mit der Maßgabe bekanntgemacht, daß die Abt. Erfassung und Aufkauf der Räte der Bezirke und Kreise, die VVEAB und die VEAB die Vorschriften der Ersten Durchführungsbestimmung in der vorliegenden Fassung anzuwenden haben.

II

Die Richtlinie vom 25. Oktober 1957 über die Veranlagung zur Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für das Jahr 1958 für die Abteilung Erfassung und Aufkauf bei den Räten der Bezirke und Kreise (Nr. 64/1957 der „Verfügungen und Mitteilungen des Staatssekretariats für Erfassung und Aufkauf“ — Folge 17 —) ist entsprechend dieser Neufassung der Ersten Durchführungsbestimmung anzuwenden, erforderlichenfalls sind die Ablieferungsbescheide oder Verträge zu ändern.

Berlin, den 19. Januar 1958

Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf
landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Streit
Staatssekretär

Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Fassung der Zweiten, Dritten und Vierten Durchführungsbestimmung

Vom 19. Januar 1953

Auf Grund des § 65 der Verordnung vom 10. November 1955 über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse (GBl. I S. 801) — im folgenden kurz „Verordnung“ genannt — wird im Einvernehmen mit dem Minister für Land- und Forstwirtschaft, dem Minister für Lebensmittelindustrie, dem Minister für Handel und Versorgung, dem Minister des Innern und dem Minister der Finanzen folgendes bestimmt*):

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen über die Ablieferungspflicht

Zu § 1 der Verordnung:

§ 1

Begriff der Pflichtablieferung

Auf Grund der in der Verordnung geregelten Pflichtablieferung haben die Erzeuger von landwirtschaftlichen Produkten diese dem Staat in den Mengen und Fristen abzuliefern, die sich auf Grund der Veranlagung mittels des Ablieferungsbescheides oder Abschlusses von Verträgen ergeben; tierische Rohstoffe und Tabak aber sind insgesamt an den Staat abzuliefern, soweit nichts anderes in dieser Durchführungsbestimmung geregelt ist.

§ 2

**Zuständigkeit der Räte
(aufgehoben)**

Zu § 2 Ziff. 1 der Verordnung:

§ 3

Begriffsbestimmungen der landwirtschaftlichen Betriebe

- (1) Bauernwirtschaften im Sinne des § 2 der Verordnung sind alle landwirtschaftlichen Betriebe von Einzelbauern von mehr als 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.
- (2) Sofern in dieser Durchführungsbestimmung Regelungen für Bauernwirtschaften getroffen sind, gelten sie auch für folgende landwirtschaftliche Betriebe, wenn nicht etwas anderes ausdrücklich festgelegt ist:
 1. Erwerbsgartenbaubetriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von mehr als 0,5 ha.

* Die Präambel zur Vierten Durchführungsbestimmung lautet: „Auf Grund des § 65 der Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Fassung vom 1. Januar 1957 (GBl. I S. 39) wird im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, dem Minister für Land- und Forstwirtschaft, dem Minister für Handel und Versorgung und dem Staatssekretär für Angelegenheiten der örtlichen Räte folgendes bestimmt:“

2. Betriebe des Obstbaues, Weinbaues, Aprikosenbaues

3. Geflügelfarmen.

4. Pelztier- oder sonstige Tierfarmen und

5. andere Betriebe, die sich auf bestimmte Produktionsgebiete der Landwirtschaft spezialisiert haben.

(3) Die Ablieferungspflicht wird für jeden landwirtschaftlichen Betrieb gesondert festgesetzt, sofern es sich nicht um gemeinsam bewirtschaftete Betriebe nach § 6 der Verordnung handelt, die einer gemeinsamen Veranlagung unterliegen.

Zu § 2 Ziffern 2 und 3 der Verordnung:

§ 4

Beginn der Ablieferungspflicht der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ihrer Mitglieder

- (1) Zu den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) nach der Verordnung gehören alle Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die bei den Räten der Kreise registriert sind, und zwar vom Tage ihrer Registrierung an.
- (2) Mitglieder der LPG sind die Bauern, Landarbeiter und anderen Personen, die im Verzeichnis der Mitglieder einer LPG eingetragen sind, und zwar vom Tage des Eintritts in die LPG an.

Zu § 2 Ziff. 4 der Verordnung:

§ 5

Ablieferungspflicht der volkseigenen Güter und sonstigen landwirtschaftlichen Betriebe

- (1) Volkseigene Güter (VEG) sind die Güter, für die das Statut der volkseigenen Güter (VEG) vom 2. September 1953 (ZBl. S. 428) gilt.
- (2) Unter „sonstigen landwirtschaftlichen Betrieben“ sind zu verstehen:
 - a) die Güter der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin und die volkseigenen Lehr- und Versuchsgüter sowie die Staatlichen Tierzuchtbetriebe;
 - b) alle anderen staatlichen Betriebe mit landwirtschaftlichem Charakter (z. B. die der örtlichen Verwaltung unterstellten volkseigenen Betriebe für die Mast von Schlachtvieh, die Maschinen-Traktoren-Stationen [MTS] und ihre Nebenbetriebe, die Staatlichen Straßenunterhaltungsbetriebe [SSUB] und die Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe);
 - c) gemeindeeigene Betriebe und Flächen sowie alle landwirtschaftlichen Betriebe und Flächen, die durch die Räte der Gemeinden oder Kreise als Treuhänder vorübergehend verwaltet werden.

§ 6

Ablieferungspflicht der anderen Erzeuger

(1) Zu den anderen Eigentümern, Besitzern, Pächtern, Nutznießern oder Haltern von Tieren, die der Ablieferungspflicht unterliegen — sofern sie nicht ausdrücklich von ihr befreit sind —, gehören alle Personen, die Besitzer von landwirtschaftlichen Betrieben oder Nutzflächen, aber nicht Bauern sind (z. B. Handels- oder Gewerbetreibende, Handwerker, Angehörige der freien Berufe) oder nur Tiere halten, auf die sich eine Ablieferungspflicht bezieht.

(2) Zu diesem Personenkreis gehören — mit Ausnahme der in Ziffern 2, 3 und 4 des § 2 der Verordnung angeführten — auch alle Personenvereinigungen, Personenverbände und Institutionen (juristische Personen), wie die gesellschaftlichen, haushalts- und finanzplangebundenen Organisationen, Anstalten, Vereine, Stiftungen, Handelsgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Produktionsgenossenschaften des Handwerks, Verbände und Vereinigungen und alle anderen juristischen Personen einschließlich der Vermögensträger der Kirche (Kirchengemeinden, Kirchenvereinigungen usw.). Diese Personen werden hinsichtlich der Pflichtablieferung verantwortlich durch ihren gesetzlichen oder bevollmächtigten Vertreter (Leiter, Vorsitzenden, Treuhänder, Bewirtschafter usw.) vertreten. Ist der landwirtschaftliche Betrieb in den hier genannten Fällen verpachtet worden, dann ist der jeweilige Pächter für die Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen verantwortlich. Verläßt der Pächter den Betrieb vor oder nach Ablauf der Pachtzeit, so sind die gesetzlichen Vertreter der betreffenden juristischen Person verantwortlich.

Zu § 3 Abs. 1 der Verordnung:

§ 7

Veranlagungszeitraum

(1) Die Pflicht zur Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse betrifft alle natürlichen und juristischen Personen, bei denen am 1. Januar die Voraussetzungen für die Veranlagung zur Pflichtablieferung nach der Verordnung gegeben sind.

(2) Treten im Laufe des Jahres bei landwirtschaftlichen Nutzflächen im Umfange oder in der Art der Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Veränderungen ein (z. B. Flächenveränderungen, Hinzupachtung von Flächen usw.), so bleibt dies auf die ursprüngliche Veranlagung ohne Einfluß. Die Änderungen sind erst im nächsten Kalenderjahr zu berücksichtigen. In Härtefällen kann die Abteilung Erfassung und Aufkauf des Rates des Kreises die Änderung sofort berücksichtigen. Bei Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Nutzflächen für Bauvorhaben oder bei

solchen Veränderungen der Oberfläche, die eine landwirtschaftliche Nutzung ausschließen, hat die Abteilung Erfassung und Aufkauf des Rates des Kreises die entsprechende Berichtigung des Ablieferungsbescheides nach erfolgter Nutzungsartenänderung durch die Abteilung Landwirtschaft durchzuführen.

Zu § 3 Abs. 2 der Verordnung:

§ 8

Rechtsnachfolge in der Ablieferungspflicht

Beim Tode oder bei Entmündigung des Ablieferungspflichtigen sind die Erben oder der Vormund, bei Auflösung (Liquidation) oder Umbildung einer juristischen Person bis zur Klärung der Rechtsnachfolge der Verwalter, Bewirtschafter oder Treuhänder für die Erfüllung der festgesetzten Ablieferungspflicht in vollem Umfange verantwortlich. In Zweifelsfällen bestimmt die Abteilung Erfassung und Aufkauf des Rates des Kreises auf Grund der getroffenen Feststellungen im Einvernehmen mit den in dieser Frage beteiligten Abteilungen des Rates des Kreises oder anderen Dienststellen, wer von den im Betriebe beschäftigten Personen für die Erfüllung der Ablieferungspflicht verantwortlich ist.

§ 9

Besitzwechsel und Ablieferungspflicht

(1) Bei einem Besitzwechsel von privaten landwirtschaftlichen Betrieben infolge Verpachtung oder Eigentumsübertragung auf Grund von Kauf oder Tausch, Erbgang oder auf Grund sonstiger gesetzlicher Bestimmungen geht die Ablieferungspflicht von dem zur Zeit des Besitzwechsels ablieferungspflichtigen Eigentümer, Besitzer, Pächter oder Nutznießer auf den neuen Eigentümer, Besitzer, Pächter, Nutznießer oder gesetzlichen Rechtsnachfolger in dem Umfang und in dem Erfüllungsstand (einschließlich der gesamten Ablieferungsschulden und Ablieferungsrückstände) zum Zeitpunkt der Durchführung des Besitzwechsels über. Streitigkeiten zwischen den Vertragspartnern über den Übergang der Ablieferungspflicht werden vom Rat des Kreises entschieden.

(2) Der Rat des Kreises kann, wenn es zur Weiterführung der Wirtschaft unbedingt erforderlich ist, auf Grund des Antrages des Rates der Gemeinde bei einem Besitzwechsel erforderlichenfalls Erleichterungen bei der Tilgung der Ablieferungsschulden durch Stundung oder Ermäßigung, in besonderen Fällen auch durch volle Streichung gewähren. Ist es zur Weiterführung der Wirtschaft unbedingt notwendig, kann auch das Ablieferungssoll entsprechend ermäßigt werden. Eigentümer bzw. Bewirtschafter, die ihre Wirtschaft wechseln, ohne für die Tilgung der Ablieferungsschulden und Rückstände der von ihnen abgegebenen Wirtschaft zu sorgen, bleiben jedoch für diese Schulden und Rückstände bis zu ihrer vollen Tilgung verantwortlich. Dasselbe Verpflichtung gilt für Pächter, die vom Pachtvertrage zurücktreten oder nach Ablauf des Pachtvertrages eine andere Wirtschaft übernehmen.

(3) Bei einem Besitzwechsel von einem Ablieferungspflichtigen zu einem ablieferungsfreien Besitzer tritt in der Verpflichtung für das Kalenderjahr, wie sie durch den Ablieferungsbescheid festgelegt wurde, keine Änderung ein, gegebenenfalls muß der frühere Besitzer für die Verpflichtung aufkommen. Bei einem Besitzwechsel von einem ablieferungsfreien zu einem ablieferungspflichtigen Betrieb ist dieser vom 1. Januar des folgenden Kalenderjahres an nach dem vergrößerten Besitzstande zu veranlagten.

Abschnitt II

Begriffsbestimmungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse

§ 10

Die Ablieferungspflicht bezieht sich auf folgende Erzeugnisse:

1. Getreide:

Konsum- und Saatgut von Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais und Hirse, ferner Braugerste, zu Brauzwecken geeignete Sommergerste, Industriergerste, Futtergerste, Industriehafer, Futterhafer und Gemenge, Buchweizen.

2. Speisehülsenfrüchte:

Konsum- und Saatgut von Speiseerbsen, Speisebohnen, Speisetellerlinsen und Kleinsamenlinsen.

3. Ölsaaten:

Konsum- und Saatgut von Winterölsaaten (Winterraps, Winterrüben), Sommerölsaaten (Sommerrüben, Mohn, Öllein, Senf, Leindotter und Sonnenblumenkerne).

4. Kartoffeln:

Konsum- und Pflanzgut von Früh-, Mittelfrüh- und Spätkartoffeln (Speise-, Fabrik- und Futterkartoffeln).

5. Gemüse:

a) Treibgemüse: Als Treibgemüse gelten Gemüsearten, die zu den für Treibgemüse festgelegten Ablieferungsfristen abgeliefert werden und bis zur Ernte unter heizbaren Glasflächen kultiviert wurden. Dazu gehören: Salat, Kohlrabi, Blumenkohl, Gurken, Tomaten und Möhren;

b) Frühgemüse unter Glas: Als Frühgemüse aus dem Anbau unter Glas gelten Gemüsearten, die ganz oder zeitweilig bis zur Ernte unter nicht heizbaren Glasflächen kultiviert wurden und zu den wie bei Treibgemüse geltenden Ablieferungsfristen abgeliefert werden. Dazu gehören: Salat, Kohlrabi, Blumenkohl, Gurken, Tomaten und Möhren;

c) Freilandgemüse: Als Freilandgemüse gilt Frühgemüse und Spätgemüse, das entweder unter Glasflächen oder im Freiland vorgezogen und im Freiland fertig kultiviert und geerntet wurde. Dazu gehören: Früh- und Spätweißkohl, Früh- und Spätwirsingkohl, Früh- und Spätrotkohl, Früh- und Spätblumenkohl, Rosenkohl,

Frühkohlrabi, Spargel, Pfückerbönsen und -bohnen, Einlege- und Salatgurken, Tomaten, Früh- und Spätöhren, Wurzelpetersilie, Schwarzwurzeln, Sellerie, Meerrettich, Lauch- und Knollenzwiebeln, Rhabarber, Porree, Rote Rüben und Speisekohlrüben.

6. Heu:

Heu von Dauergrünland und von ausgesäten Feldfutterpflanzen.

7. Stroh:

Stroh von Weizen, Roggen, Gerste, Hafer oder deren Gemenge, Raps-, Rüben- und Senfstroh.

8. Schlachtvieh:

Rindvieh (Ochsen, Bullen, Kühe, Färsen, Kälber), Schweine, Schafe, Lämmer, Hammel, Ziegen.

9. Geflügel:

Hühnergeflügel, einschließlich Masthühner und Backhähnchen, Gänse, Enten, Puten, Tauben.

10. Milch:

Vollmilch von Kühen und Ziegen.

11. Eier:

Eier von Hühnern.

12. Wolle:

Wolle von Schafen und Lämmern aller Rassen.

13. Zuckerrüben:

14. Obst:

Kernobst: Apfel, Birnen, Quitten;
Steinobst: Süß- und Sauerkirschen, Pflaumen (Renekloden, Mirabellen, Zwetschgen usw.), Pfirsiche, Aprikosen;
Berenobst: Johannisbeeren, Stachelbeeren, Erdbeeren, Brombeeren, Himbeeren;
Schalenobst: Wal- und Haselnüsse.

15. Weintrauben:

16. Tabak:

alle zur Fermentation kommenden Blattgutarten von Rohtabak.

17. Faserlein, Hanf, Ölfaserlein:

alle Sorten dieser Erzeugnisse, soweit diese – oder Öllein an Stelle anderer Ölsaaten (außerhalb der Anbaufläche für Faserlein, Hanf und Ölfaserlein) – angebaut werden, unterliegt das Faserpflanzenstroh der vertraglichen Ablieferung.

18. Arznei- und Gewürzpflanzen:

a) Arzneipflanzen:

Pflanzen, die auf den menschlichen oder tierischen Organismus eine lindernde, heilende Wirkung ausüben oder zu Arzneimitteln verarbeitet werden können, und zwar:

Alant, Angelika, Anis, Baldrian, Basilikum, Beifuß, Benediktenkraut, Bilsenkraut, Eibisch, Fenchel, Fingerhut, Kamille, Königs-

kerze, Malve, Melisse, Pfefferminze, med. Rhabarber, Ringelblume, Salbei, Wermut usw. (Mohnkapseln werden gesondert veranlagt); Pflanzen, die auf Grund ihrer Aromastoffe zur Herstellung kosmetischer und heilender Erzeugnisse dienen, wie Lavendel, Pfingstrose usw.;

b) Gewürzpflanzen:

Hierzu gehören: Bohnenkraut, Dill, Estragon, Knoblauch, Koriander, Kümmel, Liebstock, Majoran, Gewürzpaprika, schwarzer Senf, Thymian, Ysop usw. (Hopfen wird gesondert veranlagt).

19. Korbweiden:

alle kulturmäßig erzeugten Korbweiden und Bandstockweiden.

20. Lederrohhäute:

alle zur Lederherstellung oder zur Herstellung von Pelzen geeigneten Häute und Felle von getöteten oder verendeten Pferden und Fohlen, sonstigen Einhufern, Rindvieh einschließlich Kälbern, Schweinen einschließlich Wildschweinen, Schafen, Lämmern, Ziegen, Zickeln, Hunden, Rehen, Hirschen usw. sowie von togeborenen oder ungeborenen Fohlen, Kälbern, Lämmern und Ziegen.

21. Hörner, Hufe und Hornschuhe:

Hörner und Hornschuhe von Rindvieh, Ziegen und Schafen, Hornschuhe von Kälbern und Schweinen, Hufe von Pferden und sonstigen Einhufern.

22. Tierhaare:

Haare aus Schwänzen und Ohrenrändern von getöteten oder verendeten Rindern, Haare aus Schweifen, Mähnen und Wirrhaare von getöteten oder verendeten Pferden, auch aus der Pflege lebender Rinder und Pferde sowie Borsten von Schweinen.

23. Pelzfelle von Wildtieren:

alle Felle von Rotfüchsen, Iltissen, Dachsen, Hamstern, Mardern, Wiesel, Katzen usw.

24. Pelzrohffelle (Kanin):

alle Felle von Zahn- und Wildkanin und Hasen.

25. Rohfedern:

alle Federn von Gänsen, Enten, Hühnern sowie Puten, Tauben und Wildgeflügel.

26. Edelpelztierfelle:

alle Felle von Silber-, Blau-, Platin-, Weiß- und Kreuzungsfüchsen, Nerzen, Nutrias (Sumpfbibern) und Karakullämmern.

27. (gestrichen)

8

Grundlagen und Berechnung der Ablieferungspflicht

Zu § 5 der Verordnung:

§ 11

Landwirtschaftliche Nutzfläche

(1) Zur landwirtschaftlichen Nutzfläche gehören alle Flächen einschließlich der gepachteten Flächen von Ackerland, Erwerbsgartenland (einschließlich Hausgärten), Obstanlagen, Rebland, Baumschulen (ohne Forstbaumschulen), Wiesen und Weiden einschließlich der Wechseleinutzung und Korbweidenflächen, wie sie im Kataster gebucht sind.

(2) Zur landwirtschaftlichen Nutzfläche zählen nicht: Forsten, Holzungen, Forstbaumschulen, Ödland, Moorflächen, Abbauland, Unland, Gewässer, Gebäude, Hofflächen, betriebseigene Wege und Parkanlagen.

(3) Die Räte der Kreise können Flächen, die im Kataster nicht als landwirtschaftliche Nutzfläche eingetragen sind, aber landwirtschaftlich genutzt werden (z. B. Übungsgelände), in die Veranlagungsgrundlagen einbeziehen. Die Räte der Kreise können unter Berücksichtigung bestimmter Minderungen der Ertragsfähigkeit und Erschwernisse der Bewirtschaftung für diese Flächen die Ablieferungsnormen entsprechend ermäßigen.

§ 12

Ermittlung der landwirtschaftlichen Nutzfläche bei tierischen Erzeugnissen

(1) Bei der Veranlagung zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh, Geflügel, Milch, Eiern und Wolle ist die nach § 11 ermittelte landwirtschaftliche Nutzfläche um folgende Flächen zu verringern:

- a) die Flächen des aus urbar gemachtem Waldboden oder Sumpfgelände gewonnenen Nutzlandes, des rekultivierten Bergbaugeländes sowie die neugewonnenen Nutzflächen, zum Beispiel nach Rodung von Gestrüpp und Korbweiden, von Moorgelände, von Ödland, von minderwertigem, aber landwirtschaftlich nutzbar gemachtem Brachland (für die Dauer von acht Jahren),
- b) die Flächen von wieder bewirtschaftetem Bohrversuchsgelände (für die Dauer von zwei Jahren),
- c) die Anbauflächen von Hopfen, Spargelanlagen und Erdbeerkulturen,
- d) die vertragsgebundenen Anbauflächen von Tabak, Faserpflanzen (Faserlein, Ölfaserlein, Hanf), Arznei- und Gewürzpflanzen sowie die Anbauflächen von Zierpflanzen,
- e) die vertragsgebundenen Flächen für die Vermehrung des Stecklings- und Samenträgeranbaus von Zuckerrüben, Futterrüben, Kohlrüben, Herbstrüben, Futtermöhren, Futterkohl, von sämtlichen Gemüsearten und Futterpflanzen,

9

f) die Flächen von Rohwäldern, Laubwäldern, Heiden und Grünwäldern gemäß bewirtschafteten geschlossenen Obstanlagen.

(2) Einzelne landwirtschaftliche Spezialbetriebe, bei denen sich infolge der im Abs. 1 geregelten Absetzung im Verhältnis zum Viehbestand eine gegenüber anderen Betrieben unbegründete Befreiung von der Ablieferung tierischer Erzeugnisse ergibt, sind vom Rat des Kreises entsprechend ihren tatsächlichen Erzeugungsbedingungen oder nach § 25 der Verordnung zu veranlagern.

(3) Bei der Ermittlung der Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind die bis zum Ende des jeweiligen Vorjahres durch die Abteilung Landwirtschaft des Rates des Kreises genehmigten Änderungen zu berücksichtigen. Die Angaben sind mit den Ergebnissen des Katasters zu vergleichen.

§ 13

Verminderung der Flächen bei Getreide und Kartoffeln

(1) Grundlage der Veranlagung zur Pflichtablieferung von Getreide und Kartoffeln ist die Ackerfläche, die sich ergibt, wenn die gesamte Anbaufläche der betreffenden Wirtschaft um folgende Flächen vermindert wird:

- a) die Anbauflächen von Ölrüchten, Gemüse, Speisehülsenfrüchten und Zuckerrüben,
- b) die Anbauflächen nach § 12 Abs. 1 Buchstaben a bis e,
- c) die Flächen der Wiesen und Weiden, die zur dauernden Ackernutzung umgebrochen wurden (für das erste Anbaujahr),
- d) die Futterflächen für Vartierhalter der VdGB,
- e) die Grün-Dungflächen,
- f) 50 % der Ackerflächen, die nach der Anordnung vom 20. September 1956 über die Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse bei Übernahme freier Betriebe und Flächen (GBl. I S. 822) übernommen wurden.

(2) Für die Ausarbeitung der Ablieferungsvorschläge für Getreide und Kartoffeln ist die auf der Grundlage des Jahres 1957 errechnete Norm je Hektar Ackerfläche zugrunde zu legen. Die Ablieferungsnormen je Hektar Ackerfläche für Getreide und Kartoffeln ergeben sich aus der ermittelten Ackerfläche und dem Ablieferungssoll des Jahres 1957 unter Berücksichtigung der im Laufe des Jahres 1957 durchgeführten Korrekturen, die auch weiterhin Gültigkeit haben.

(3) Sind Betriebe auf Grund von Flächenveränderungen für das Jahr 1958 in eine andere Betriebsgrößengruppe einzustufen, so sind die abzuliefernden Mengen von Getreide und Kartoffeln auf der Grundlage der Durchschnittsnormen je Hektar Ackerfläche der betreffenden Betriebsgrößen-

gruppe unter Beachtung der natürlichen und ökonomischen Bedingungen, insbesondere der unterschiedlichen Anbauverhältnisse dieser Betriebe zu berechnen.

Obst- und Rebenkulturfläche

§ 14

(1) Als „Obstkulturfläche“ sind alle landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Flächen zu bezeichnen, die mit Obstgehölzen bepflanzt sind. Dabei ist nach der Art der Pflanzung zwischen geschlossenen und offenen Obstanlagen zu unterscheiden.

(2) Als geschlossene Obstanlage oder Obstplantage gelten Obstpflanzungen, in denen folgende Pflanzabstände nicht überschritten werden:

Obstträger	Abstände	
	von Reihe zu Reihe m	in der Reihe m
Kernobst und Süßkirschen, Hoch- und Halbstämme sowie Meterstämme auf Sämling	12	10
Steinobst (ohne Süßkirschen), Hoch- und Halbstämme und Kernobst-Meterstämme auf mittelstark wachsenden Unterlagen	8	7
Kern- und Steinobstbüsche auf Typenunterlagen	6	6
Kernobstspindeln	4	3
Beerenobst	2,5	2
Walnuß-Hochstämme	12	12

(3) Als offene Obstanlagen gelten Obstpflanzungen, in denen die oben genannten Pflanzabstände innerhalb der Reihe überschritten werden, sowie verstreut und vereinzelt in Reihen stehende Obstbäume und Sträucher. Offene Obstanlagen von Betrieben unter 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche werden zur Pflichtablieferung von Obst nach der Obstkulturfläche herangezogen, die in ihrem Umfang nach folgenden Sätzen zu errechnen ist:

	qm je Baum oder Strauch
a) Apfel-, Birnen-, Süßkirschen-, Walnuß-Hoch- und Halbstämme	90
b) Pflaumen-, Sauerkirschen-Hoch- und Halbstämme, Apfel-, Birnen-Viertelstämme	50
c) Apfel-, Birnen-, Sauerkirschen-, Pflaumenbüsche, Aprikosen, Pfirsiche, Quitten	30
d) Apfel- und Birnen-Spindeln, Haselnußbüsche	10
e) Johannisbeer- und Stachelbeersträucher	4

Ergibt sich danach eine Obstkulturfläche, die größer als die wirklich mit Obstträgern bestandene Fläche ist, so regelt sich die Ablieferungspflicht nach der Größe der gesamten mit Obstträgern tatsächlich bestehenden Fläche.

§ 14 a

(1) Offene Obstanlagen mit Unter- und Zwischenpflanzungen von Obst-
trägern werden wie geschlossene Anlagen behandelt. In Zweifelsfällen ist
die zuständige Obstbaukommission der VdgB anzuhören.

(2) Bei Betrieben von mehr als 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche sind
Reihenpflanzungen als geschlossene Obstanlage zu veranlagern, auch wenn
die Abstände von Reihe zu Reihe über das festgesetzte Maß hinausgehen
und die Pflanzungen den Charakter einer offenen Obstanlage aufweisen.
In solchen Fällen ist die zu veranlagende Obstkulturfläche geringer als
die gesamte bepflanzte Fläche.

(3) Die staatlichen Straßenunterhaltungsbetriebe (SSUB) und die örtlichen
staatlichen Organe, die Obstbäume und Obststräucher an öffentlichen
Straßen und Wegen, Eisenbahndämmen, Autobahnen und Kanälen be-
sitzen, werden durch die Räte der Kreise veranlagt.

(4) Besitzer bzw. Eigentümer von ertragsfähigen Steinobst- oder Kern-
obstbäumen an Straßen, die nicht für den allgemeinen Verkehr bestimmt
sind (private Straßen), werden nach der Anzahl der ertragsfähigen Bäume
veranlagt.

(5) Als „Rebenkulturfläche“ ist die gesamte mit Weinreben bestandene
Fläche anzusehen.

Zu § 6 Abs. 1 der Verordnung:

§ 15

Veranlagung mehrerer Wirtschaften eines Besitzers

(1) Die gesamte eigene, gepachtete oder zur Nutzung übernommene land-
wirtschaftliche Nutzfläche wird in der Weise ermittelt, daß die Ausmaße
aller von einem Ablieferungspflichtigen bewirtschafteten landwirtschaft-
lichen Nutzflächen, auch wenn sie in mehreren Gemeinden liegen, zu-
sammenzurechnen sind. Den Ablieferungsbescheid über die Veranlagung
der gesamten eigenen, gepachteten oder zur Nutzung übernommenen
landwirtschaftlichen Flächen hat der Rat der Gemeinde auszustellen, in
der sich der Wohnsitz des Ablieferungspflichtigen befindet. Die Betriebs-
größengruppe ergibt sich aus der nach den vorstehenden Bestimmungen
ermittelten Summe aller landwirtschaftlichen Nutzflächen dieses Ablie-
ferungspflichtigen, sofern nicht in den folgenden Bestimmungen etwas
anderes festgelegt ist.

(2) Die Räte der Gemeinden, in denen Flächen liegen, die von einem
Eigentümer, Besitzer, Pächter oder Nutznießer bewirtschaftet werden, der
in einer anderen Gemeinde seinen Wohnsitz hat, sind verpflichtet, sich

Zu § 6 Abs. 2 der Verordnung:

§ 16

Begriff und Veranlagung gemeinsam geführter Wirtschaften

(1) Eine gemeinsame Bewirtschaftung liegt vor, wenn Bauernwirtschaften
(§ 3 Abs. 1) als eine Wirtschaftseinheit von einer gemeinsamen Hofstelle
aus bewirtschaftet werden. Bei der Veranlagung zur Pflichtablieferung
zweier oder mehrerer Eigentümer, Besitzer, Pächter oder Nutznießer von
landwirtschaftlichen Nutzflächen, die diese Nutzflächen von einer solchen
Hofstelle aus ständig gemeinsam bewirtschaften, ist ein gemeinsamer Ab-
lieferungsbescheid auf den Namen dieser Bewirtschafter auszustellen.

Beim Einreihen der gemeinsam bewirtschafteten Betriebe in die Be-
triebsgrößengruppe (§ 19) und beim Feststellen der danach für sie gelten-
den Ablieferungsnormen und beim Berechnen der Ablieferungsmengen
ist die gesamte, gemeinsam bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche
zugrunde zu legen. Das gleiche gilt entsprechend für den Abschluß von
Verträgen nach § 38 der Verordnung.

(2) Unter die Bestimmungen des Abs. 1 fallen nicht die Eigentümer, Be-
sitzer, Pächter, Nutznießer von landwirtschaftlichen Betrieben, die infolge
Fehlens von Wohnraum oder Wirtschaftsgebäuden – ohne daß sie an
diesem Zustand ein Verschulden trifft – gezwungen sind, von einer Hof-
stelle aus zu wirtschaften und die ständigen Arbeitsgemeinschaften werk-
tätiger Bauern sowie die gelegentliche Hilfe durch Viehstallung oder
Wohnraum. Diese Ausnahme gilt aber nicht bei privaten Grundstücks-
veränderungen (Teilung, Verkauf und Kauf, Erbgang usw. von landwirt-
schaftlichen Betrieben), solange von einer Hofstelle aus eine ständige ge-
meinsame Bewirtschaftung durchgeführt wird.

(3) Die Ablieferungspflicht betrifft die Bewirtschafter einzeln und gemein-
schaftlich; die Erfüllung der Pflichtablieferung kann von jedem Bewirt-
schafter zu einem Teil oder ganz gefordert werden.

(4) In Zweifelsfällen entscheidet der Rat des Kreises, ob tatsächlich eine
gemeinsame Bewirtschaftung vorliegt oder nicht. Über die darüber ge-
troffenen Feststellungen und über die dazu vom Ablieferungspflichtigen
abgegebene Erklärung ist ein Protokoll aufzunehmen. Die Entscheidung
ist endgültig.

Zu § 7 der Verordnung:

§ 17

Flächennachweis

Die Räte der Bezirke, Kreise und Gemeinden haben die gesamte land-
wirtschaftliche Nutz- und Anbaufläche nachzuweisen.

Erklärungen über die Ablieferungspflicht

(1) Alle Erklärungen, die als Unterlagen für die Feststellung der Ablieferungspflicht oder einer Befreiung nach der Verordnung benötigt werden, sind von den zur Abgabe der Erklärung verpflichteten oder berechtigten Personen wahrheitsgemäß abzugeben; sie haben dabei die ihnen gestellten Fristen zu beachten. Auf Verlangen hat der Ablieferungspflichtige die Richtigkeit seiner Erklärungen nachzuweisen. Wenn seine Angaben zu Zweifeln Anlaß geben, hat er sie zu ergänzen, den Sachverhalt zu klären und seine Behauptungen glaubhaft zu machen.

(2) Die Erklärungen können von den örtlichen staatlichen Organen verlangt werden, denen die Durchführung der Verordnung obliegt. Diese Organe können wegen der Abgabe von Erklärungen auch die Ablieferungspflichtigen oder ihre Vertreter laden. Erscheint der Ablieferungspflichtige oder sein Vertreter trotz Ladung nicht, so entscheiden die staatlichen Organe auf Grund der vorhandenen Unterlagen und der eigenen oder von den Räten der Gemeinden durchgeführten Ermittlungen.

Abschnitt IV**Veranlagung zur Pflichtablieferung****§ 19****Betriebsgrößengruppen**

(1) Die nach Abschnitt III festgestellten landwirtschaftlichen Nutz- und Anbauflächen von Bauernwirtschaften und anderen Erzeugern sind nach folgenden Betriebsgrößengruppen zu unterteilen:

1. bis 1 ha
2. über 1 ha bis einschließlich 2 ha
3. über 2 ha bis einschließlich 5 ha
4. über 5 ha bis einschließlich 10 ha
5. über 10 ha bis einschließlich 15 ha
6. über 15 ha bis einschließlich 20 ha
7. über 20 ha bis einschließlich 35 ha
8. über 35 ha bis einschließlich 50 ha
9. über 50 ha

(2) Für die Einreihung in die Betriebsgrößengruppe ist der Gesamtumfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche des betreffenden landwirtschaftlichen Betriebes ausschließlich folgender Nutzflächen zugrunde zu legen:

- a) die Flächen des aus urbar gemachtem Waldboden oder Sumpfgelände gewonnenen Nutzlandes sowie das rekultivierte Bergbaugelände (für die Dauer von acht Jahren);
- b) die Flächen des neugewonnenen Nutzlandes, z. B. nach Rodung von Gestrüpp und Korbweiden, des Moorgeländes, bewässerungsbedürftli-

gemachten Brachlandes (für die Dauer von acht Jahren);

- c) die Flächen von wieder bewirtschaftetem Bohrversuchsgelände (für die Dauer von zwei Jahren);
- d) die Anbauflächen von Hopfen und Korbweiden;
- e) nach der Anordnung vom 20. September 1956 über die Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse bei Übernahme freier Betriebe und Flächen (GBl. I S. 822) übernommene Nutzflächen, über die ein Nutzungsvertrag abgeschlossen wurde.

Abschnitt V**Pflichtablieferung der LPG und ihrer Mitglieder****1. Unterabschnitt****Pflichtablieferung der LPG Typ I und II und ihrer Mitglieder****Zu § 12 der Verordnung:****§ 20****Pflichtablieferung von pflanzlichen Erzeugnissen der LPG**

Zu dem Gesamtausmaß der von den LPG bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche (Anbaufläche) sind insbesondere alle landwirtschaftlichen Nutzflächen zu rechnen, die von den Mitgliedern der LPG eingebracht, von der LPG gepachtet, käuflich erworben, von den Räten der Kreise, Städte und Gemeinden und von den ÖLB übernommen wurden.

Zu § 13 der Verordnung:**§ 21****Veranlagung der Mitglieder zur Pflichtablieferung von tierischen Erzeugnissen**

(1) Die Veranlagung der Mitglieder der LPG Typ I und II zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh, Geflügel, Milch und Eiern ist nach den für die Bauernwirtschaften differenziert festgelegten Ablieferungsnormen in der Betriebsgrößengruppe vorzunehmen, die sich aus der von den Mitgliedern eingebrachten und zur individuellen Nutzung verbliebenen landwirtschaftlichen Nutzfläche ergibt.

(2) Bei der Veranlagung zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh, Geflügel, Milch und Eiern sind die Flächen des neugewonnenen Nutzlandes sowie die Anbauflächen nach § 12 Abs. 1 anteilmäßig abzusetzen, und zwar im Verhältnis der von den Mitgliedern eingebrachten Flächen zur Gesamtfläche. Davon sind die Flächen ausgenommen, die durch die Mitglieder von den Räten der Kreise, Städte oder Gemeinden oder von ÖLB übernommen wurden.

Pflichtablieferung der Mitglieder für übernommene Flächen**(1) (gestrichen)**

(2) Hinsichtlich der vom Staat zur unentgeltlichen Nutzung übergebenen und im Bodenbuch auf den Namen der Mitglieder eingetragenen Bodenanteile sind die Mitglieder der LPG Typ I und II nur in Höhe von 50 % zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh, Geflügel, Milch und Eiern heranzuziehen. Für diese Flächen sind die Bestimmungen des § 12 Abs. 1 Buchstaben c bis f nicht anzuwenden.

Zu § 15 der Verordnung:**§ 23****Pflichtablieferung von tierischen Erzeugnissen der LPG**

(1) Werden durch die LPG Typ I und II landwirtschaftliche Nutzflächen bewirtschaftet, die nicht in das Bodenbuch der Genossenschaft als eingebrachte Bodenanteile auf den Namen von Mitgliedern eingetragen sind (gepachtete, gekaufte, aus der Verwaltung des Rates des Kreises, der Stadt oder der Gemeinde zur Nutzung übernommene Flächen), so ist die LPG für das Gesamtausmaß dieser Flächen zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh, Geflügel, Milch und Eiern nach den Gemeindedurchschnittsnormen der Betriebsgrößengruppe 5 bis 10 ha heranzuziehen.

(2) Von dem Gesamtausmaß der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach Abs. 1 sind die Flächen nach § 12 Abs. 1 abzusetzen.

(3) Von den nach Absätzen 1 und 2 errechneten Ablieferungsmengen dieser Erzeugnisse sind 20 % abzusetzen.

(4) Sind die Grundlagen der Viehhaltung einer LPG auf diesen Flächen noch nicht ausreichend gefestigt, kann ausnahmsweise vom Rat des Kreises eine höhere Ermäßigung als 20 % bewilligt werden.

§ 24**Veranlagung des genossenschaftlichen Viehbestandes der LPG Typ I und II**

Der genossenschaftliche Viehbestand der LPG Typ I und II ist nicht zu veranlagern, wenn bei der Veranlagung der Mitglieder zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh, Geflügel, Milch und Eiern bereits die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche der LPG zugrunde gelegt wurde.

2. Unterabschnitt**Pflichtablieferung der LPG Typ III und ihrer Hauswirtschaften****§ 25****Pflichtablieferung von pflanzlichen Erzeugnissen der LPG**

Zu dem Gesamtausmaß der von der LPG bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche (Anbaufläche) sind alle landwirtschaftlichen Nutzflächen zu rechnen, die von den Mitgliedern der LPG eingebracht, von der LPG gepachtet, käuflich erworben oder vom Rat des Kreises, der Stadt oder Gemeinde oder vom ÖLB übernommen wurden.

Zu § 17 der Verordnung:**§ 26****Pflichtablieferung von tierischen Erzeugnissen der LPG**

(1) Die LPG Typ III sind zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh, Geflügel, Milch und Eiern mit der nach § 25 festgestellten landwirtschaftlichen Nutzfläche zu veranlagern.

(2) Von dem Gesamtausmaß der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach Abs. 1 sind die Flächen nach § 12 Abs. 1 abzusetzen.

§ 27**Pflichtablieferung der LPG bei nicht ausreichender Viehhaltung**

Die Viehhaltung einer LPG kann dann nicht als ausreichend gefestigt angesehen werden, wenn das errechnete Ablieferungssoll abzüglich der 20prozentigen Ermäßigung so hoch ist, daß zur Erfüllung die gesamte Produktion der LPG an tierischen Erzeugnissen nicht ausreicht bzw. der LPG keine Möglichkeit für den freien Verkauf gegeben ist. In solchen Fällen kann die Abteilung Erfassung und Aufkauf des Rates des Kreises im Einvernehmen mit der Abteilung Landwirtschaft nach eingehender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der LPG eine Ermäßigung von mehr als 20 % bewilligen.

Zu § 19 der Verordnung:**§ 28****Hauswirtschaften der LPG**

(1) Zum Begriff der Hauswirtschaft im Sinne der Verordnung gehört die Bewirtschaftung jener landwirtschaftlichen Nutzflächen von nicht mehr als 0,5 ha, die die Mitglieder auf Beschluß der Mitgliederversammlung der LPG zur persönlichen Nutzung zugewiesen erhalten. Als eine Hauswirtschaft im Sinne der Verordnung ist aber nicht die bloße Haltung von Vieh anzusehen, wenn keines der in einer Familie lebenden Mitglieder Land zur Nutzung erhalten hat.

(2) Werden Einzelbauern Mitglieder einer LPG während des Jahres, so sind sie für das laufende Veranlagungsjahr zur Pflichtablieferung für ihre Hauswirtschaft nicht heranzuziehen.

(3) Die Bestimmungen des § 19 Abs. 2 der Verordnung gelten auch für die Hauswirtschaften der Mitglieder der LPG Typ I und II, sofern sie nur diese Hauswirtschaft zur persönlichen Nutzung behalten oder erhalten haben.

(4) Unter den individuellen Besonderheiten, die die Räte der Kreise bei der Festlegung der Ablieferungssätze nach § 2 Abs. 3 der Zweiten Verordnung vom 21. Dezember 1956 zur Änderung der Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse (GBl. I 1957 S. 37) zu berücksichtigen haben, sind insbesondere die Fälle zu verstehen, daß mangels ausreichenden Viehbestandes die betreffenden Erzeugnisse nicht geliefert werden können.

3. Unterabschnitt Ermäßigungen und Veränderungen

Zu § 20 der Verordnung:

§ 29

Pflichtablieferung bei Neubildung einer LPG

Das Ablieferungssoll ist bei der Neubildung einer LPG Typ I, II und III, beim Übergang zu Typ III und bei der Änderung des Mitgliederstandes vom Tage der Registrierung durch den Rat des Kreises oder bei Erwerbung der Mitgliedschaft bis zum Ende des Kalenderjahres nach den für die betreffende Gemeinde festgelegten Durchschnittsnormen der Betriebsgrößengruppe von 5 bis 10 ha festzusetzen. Liegen die Grundstücke in mehreren Gemeinden, so ist eine Durchschnittsnorm zu bilden. Von den errechneten Ablieferungsmengen sind entsprechend die in den §§ 12 bis 17 der Verordnung festgesetzten Ermäßigungen in Abzug zu bringen.

§ 30

Höhe des Ablieferungssolls in pflanzlichen Erzeugnissen

(1) Das für die LPG nach § 29 neu festgesetzte Ablieferungssoll in pflanzlichen Erzeugnissen mit Ausnahme der Vertragskulturen (bei Typ III auch von Schlachtvieh, Geflügel, Milch und Eiern) darf das ursprüngliche Ablieferungssoll der einzelnen Mitglieder laut den ausgehändigten Ablieferungsbescheiden nicht überschreiten. Sind die Ablieferungsnormen des neu eintretenden Mitgliedes geringer als die für die LPG festgesetzten Ablieferungsnormen, so bleibt das ursprüngliche Ablieferungssoll bestehen; es ist nach den Bestimmungen der §§ 12, 13, 16 und 17 der Verordnung zu ermäßigen.

(2) Das anteilige Ablieferungssoll der Mitglieder nach der Hektarveranlagung bis zum Registrierungstage und das durch die LPG zu übernehmende Ablieferungssoll in Schlachtvieh, Geflügel, Milch und Eiern soll das Ablieferungssoll nach der ursprünglichen Hektarveranlagung nicht übersteigen, gegebenenfalls sind die Mengen der Pflichtablieferung im gleichen Verhältnis zu ermäßigen.

(3) Das für die eingebrachten Flächen der neu eingetretenen Mitglieder oder für die vom Rat des Kreises, der Stadt oder Gemeinde oder vom ÖLB übernommenen Flächen neu festgesetzte Ablieferungssoll ist zu dem bereits bestehenden Soll der LPG hinzuzurechnen. Gleichzeitig sind die Vertragsmengen von Speisehülsenfrüchten und Gemüse, Zuckerrüben, Tabak, Faserlein, Hanf, Öleln, Arznei- und Gewürzpflanzen und Kornweiden und die Vertragsmengen von Obst — sofern die Obstkulturflächen nicht in individueller Nutzung der Mitglieder verbleiben — auf die LPG zu übertragen.

§ 31

Ablieferungspflicht bei Änderungen der Rechtsverhältnisse

(1) Bei der Neufestsetzung des Ablieferungssolls in Getreide und Kartoffeln für die LPG ist der den Mitgliedern zur persönlichen Nutzung überlassene Teil des Ackerlandes bis zu 0,5 ha (außer für Vertragskulturen) anteilmäßig abzusetzen.

(2) Bis zum Tage der Neubildung, des Übergangs zu Typ III oder der Erwerbung der Mitgliedschaft bleibt für die Erfüllung des anteiligen Ablieferungssolls laut ausgehändigtem Ablieferungsbescheid der frühere Eigentümer oder Bewirtschafter verantwortlich.

(3) Die bis zum Tage der Registrierung entstandenen Ablieferungsschulden und Ablieferungsrückstände sind durch den Eigentümer oder Bewirtschafter zu tilgen; sie gehen nicht auf die LPG über. Die Räte der Kreise sind berechtigt, diese Ablieferungsschulden und Ablieferungsrückstände teilweise oder in voller Höhe zu erlassen.

§ 32

Ergänzungen und Änderungen nach dem 30. Juni jedes Jahres

(1) Wird nach dem 30. Juni des Veranlagungsjahres eine LPG neu gebildet oder der Übergang von Typ I oder II zu Typ III durchgeführt oder ein Mitglied auf Beschluß der Mitgliederversammlung in eine LPG aufgenommen, so bleibt das Ablieferungssoll entsprechend den an die LPG oder ihre Mitglieder ausgehändigten Ablieferungsbescheiden in dem betreffenden Veranlagungsjahr unverändert bestehen. Die Bestimmungen der §§ 20 bis 28 sind erst im folgenden Veranlagungsjahr anzuwenden.

(2) *(gestrichen)*

(3) Der Rat des Bezirkes kann in besonderen Fällen eine abweichende Regelung treffen.

Pflichtablieferung von Geflügel bei Neubildung, Übergang oder Erwerb der Mitgliedschaft von LPG Typ III

Die LPG Typ III übernimmt das Ablieferungssoll in Geflügel verhältnismäßig nach dem von den Mitgliedern eingebrachten und dem ihnen verbleibenden Geflügelbestand, den restlichen Teil haben die Mitglieder von den ihnen verbleibenden Geflügelbeständen selbst zu tragen. Eine Ermäßigung des Ablieferungssolls in Geflügel findet für das laufende Kalenderjahr nicht statt.

§ 34**Veranlagung bei Austritt und Ausschluß von Mitgliedern**

Erklärt ein Mitglied seinen Austritt aus einer LPG Typ I oder II, so verliert es vom Tage der Kündigung an (aus einer LPG Typ III: vom Tage der Rückgabe des Betriebes) die ihm als Mitglied zustehenden Vergünstigungen in der Pflichtablieferung von Schlachtvieh, Geflügel, Milch und Eiern. Für die restliche Zeit des Jahres ist der Bauer nach den allgemeinen Bestimmungen zu veranlagern, unabhängig von der Rückerstattung des Inventarbeitrages. Bei Ausschluß eines Mitgliedes sind diese Bestimmungen entsprechend anzuwenden.

Abschnitt VI**Pflichtablieferung bei Übernahme von Wirtschaften durch Rückkehrer und westdeutsche Bauern**

Zu § 21 der Verordnung:

§ 35**Veranlagung zur Pflichtablieferung von früher nichtbewirtschafteten Flächen**

(aufgehoben)

§ 36**Veranlagung zur Pflichtablieferung von Geflügel für übernommene nichtbewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzflächen**

(aufgehoben)

§ 37**Veranlagung von Kleinbetrieben, Tierhaltern, Spezialbetrieben Gartenbaubetrieben**

(aufgehoben)

§ 38

Übernahme von Wirtschaften durch Rückkehrer aus Westdeutschland
Bauern und Landarbeiter, die das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verlassen hatten und aus Westdeutschland zurückkehrten bzw.

20

noch zurückkehren und eine Bauernwirtschaft übernehmen, sind nach den allgemeinen, für die bäuerlichen Betriebe geltenden gesetzlichen Bestimmungen zur Pflichtablieferung heranzuziehen. Die Räte der Kreise können nach individueller Prüfung im Übernahmejahr erforderliche Erleichterungen gewähren.

§ 39**Pflichtablieferung bei Übernahme von Wirtschaften durch westdeutsche Bauern**

- (1) Bauern und Landarbeiter, die aus Westdeutschland in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik übersiedeln, sind bei Übernahme von früheren Neubauernstellen die in der Ziff. 5 des Beschlusses vom 13. Mai 1954 zur Unterstützung werktätiger Bauern, die aus Westdeutschland kommen und im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen werden (GBl. S. 489) festgelegten Vergünstigungen bei der Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu gewähren (vgl. auch § 76).
- (2) Die Pflichtablieferung ist nach der vom Rat des Kreises festgesetzten Durchschnittsnorm jener Gemeinde, in der die aus Westdeutschland übersiedelten Bauern und Landarbeiter derzeit ihren Wohnsitz haben, entsprechend der Betriebsgröße zu berechnen.
- (3) Bei der Übernahme von Altbauernwirtschaften können die Räte der Kreise auch für das nächste Jahr erforderliche Erleichterungen gewähren.

Abschnitt VII**Pflichtablieferung der volkseigenen Güter (VEG) und sonstigen landwirtschaftlichen Betriebe**

Zu § 22 der Verordnung:

§ 40**Volkseigene Güter**

- (1) Das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft legt auf Grund der Produktionspläne für die zentralgeleiteten volkseigenen Güter (VEG) und für die volkseigenen Lehr- und Versuchsgüter die abzuliefernden Mengen fest.
- (2) Die Räte der Bezirke und Kreise legen auf Grund der Produktionspläne für die von ihnen direkt geleiteten volkseigenen Güter (VEG) die abzuliefernden Mengen fest.
- (3) Betriebe und Flächen, die vorübergehend von dem VEG als Treuhänder in Bewirtschaftung übernommen wurden, sind nach den Produktionsmöglichkeiten durch die Räte der Kreise zu veranlagern.

§ 41**Volkseigene Betriebe (K) Mast**

Die Planmengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die VEB (K) Mast werden durch das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft auf die Bezirke, Kreise und Betriebe aufgeteilt.

21

Akademie- und Universitätsgüter sowie Staatliche Tierzuchtbetriebe

- (1) Die Versuchsanstalten der Universitäten und die staatlichen Tierzuchtbetriebe werden durch die Räte der Kreise nach den vorgelegten Produktionsplänen und Ablieferungsvorschlägen veranlagt.
- (2) Die Akademiegüter werden auf der Grundlage der bei den Räten der Kreise vorgelegten und von diesen weitergeleiteten Produktions- und Ablieferungsvorschläge gesondert veranlagt. Das Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf entscheidet im Einvernehmen mit der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften über die Produktions- und Ablieferungsvorschläge und übersendet den Räten der Kreise die Ablieferungsbescheide zur Aushändigung an die Betriebe.
- (3) Die Versuchsanstalten und Betriebe nach den Absätzen 1 und 2 sind zum Abschluß von Verträgen nach § 22 der Verordnung verpflichtet.

§ 43

Güter von volkseigenen Industrie- und Handelsbetrieben, Organisationen und anderen Einrichtungen

- (1) Die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe von volkseigenen Industrie- oder Handelsbetrieben, der VEB Binnenfischerei, der Wasserwirtschaftsbetriebe, von Organisationen oder anderen Einrichtungen, wie zum Beispiel Kirchengüter in kircheneigener Verwaltung, werden zur Pflichtablieferung von Getreide, Speisehülsenfrüchten, Ölsaaten, Kartoffeln, Schlachtvieh, Geflügel, Milch, Eiern und Wolle durch den Rat des Kreises individuell nach der Produktionsleistung unter Berücksichtigung des innerwirtschaftlichen Bedarfs (Saat- und Pflanzgut, Futtermittel, Eigenversorgung) veranlagt.
- (2) Die volkseigenen und genossenschaftlichen Industrie- und Handelsbetriebe sind von der Pflichtablieferung der im Abs. 1 genannten Erzeugnisse und von Gemüse und Obst teilweise oder ganz zu befreien, und zwar entsprechend dem Anteil der Produktion, der ausschließlich zur Verbesserung des Werkkuchenessens verwendet wird.
- (3) Volkseigene Industrie- und Handelsbetriebe ohne landwirtschaftliche Nutzfläche, die zur Verbesserung des Werkkuchenessens Schweine halten, sind ohne Rücksicht auf den Umfang des Schweinebestandes nicht zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh zu veranlassen. Das gleiche gilt für Schweinemästereien der örtlichen Wirtschaft ohne staatliche Produktionsauflage. Sofern sie keine Mastverträge abschließen, erhalten sie beim Verkauf von Schweinen den Erfassungspreis.

§ 44

Landwirtschaftliche Nutzflächen für Mitschurinzirkel des Bodenfonds (aufgehoben)**Deck- und Besamungsstationen**

- (1) Die volkseigenen und VdgB-Deck- und Besamungsstationen sind von der Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse befreit, wenn die landwirtschaftliche Nutzfläche ausschließlich zur Futtergewinnung für die vorhandenen Vatiertiere Verwendung findet. Wenn die landwirtschaftliche Nutzfläche der Stationen anderen Zwecken dient, entfällt die Befreiung.
- (2) Die privaten Vatiertierhaltungen in Bauernwirtschaften sind nicht von der Ablieferung befreit. Bei Vatiertierhaltungen für die VdgB sind von den VdgB im Einvernehmen mit den Räten der Kreise Gemeinschaftsablieferungen in den Gemeinden oder im Kreis zu organisieren.

§ 46

Veranlagung von Weidgemeinschaften für Jungviehaufzucht, der Saatgutgemeinschaften der VdgB und der ständigen Arbeitsgemeinschaften

- (1) Die Weidgemeinschaften der VdgB für Jungviehaufzucht und Schafzucht sind durch den Rat des Kreises zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh, Geflügel, Milch, Eiern und Wolle für das Gesamtausmaß der Flächen heranzuziehen, die der Weidgemeinschaft zur Nutzung übergeben wurden. Das Pflichtablieferungssoll ist nach den für die Gemeinden festgesetzten Durchschnittsnormen der Betriebsgrößengruppe zu berechnen, in der die Mehrzahl der auftreibenden Betriebe veranlagt sind.
- (2) Weidgemeinschaften der VdgB für Jungviehaufzucht und Schafzucht, die Ackerflächen übernommen haben, sind vom Rat des Kreises zur Pflichtablieferung pflanzlicher Erzeugnisse heranzuziehen.
- (3) Das Ablieferungssoll ist durch den Vorstand der Weidgemeinschaft entsprechend der Stückzahl des aufgetriebenen Jungviehs auf die Teilnehmer der Weidgemeinschaft aufzuteilen. Der Vorstand der Weidgemeinschaft ist verpflichtet, eine Liste über die Aufteilung des Ablieferungssolls dem Rat der Gemeinde und dem zuständigen VEAB zur Eintragung des Anteils in die Erzeuger- bzw. Lieferantenkarteikarten zu übergeben.
- (4) Zur Förderung der Absaatenerzeugung von Futterpflanzen innerhalb der Saatgutgemeinschaften der VdgB ist das auf den Absaatflächen ruhende Ablieferungssoll in tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen auf alle Mitglieder der gemeinschaftlichen Absaatenerzeugung zu verteilen. Die Kreis- und Ortsvorstände der VdgB sind verpflichtet, den Räten der Kreise und Gemeinden über das Ausmaß der Absaatenerzeugungsfelder, die anbauenden Betriebe und die Mitglieder der Saatgutgemeinschaften rechtzeitig Mitteilung zu machen. Das Ablieferungssoll in tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen ist anteilmäßig auf die Betriebe, die Mitglieder der Saatgutgemeinschaften sind, von den Räten der Gemeinden aufzuschlüsseln und gesondert in die Ablieferungsbescheide einzutragen.

(5) Freie Flächen über 5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, die auf der Grundlage eines Gemeinschaftsnutzungsvertrages von ständigen Arbeitsgemeinschaften oder Ortsorganisationen der VdgB bewirtschaftet werden, sind nach den Durchschnittsnormen der Betriebsgrößengruppe 5 bis 10 ha unter Berücksichtigung der nach der Anordnung vom 20. September 1956 gewährten Vergünstigungen zu veranlagen.

§ 47

Betriebe und Flächen in Bewirtschaftung der Räte der Kreise und Gemeinden

(1) Die gemeindeeigenen Betriebe und Flächen sowie die Betriebe und landwirtschaftlichen Nutzflächen, die vorübergehend durch die Räte der Gemeinden und Kreise bewirtschaftet werden, sind von den Abteilungen Erfassung und Aufkauf der Räte der Kreise nach den Gemeindedurchschnittsnormen der Betriebsgrößengruppe zu veranlagen, die sich aus dem Gesamtumfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche ergibt, im Höchstdfall aber nach den Gemeindedurchschnittsnormen der Betriebsgrößengruppe 5 bis 10 ha.

(2) Ist der Viehbestand in den Betrieben und auf den Flächen nach Abs. 1 zur Erfüllung des Ablieferungssolls in tierischen Erzeugnissen nicht ausreichend, kann der Rat des Kreises eine Ermäßigung des Ablieferungssolls in Schlachtvieh, Geflügel, Milch, Eiern und Wolle gewähren.

Abschnitt VIII

Veranlagung der Kleinbetriebe und der Tierhalter ohne Land, der Spezial- und Erwerbsgartenbaubetriebe**Zu § 24 der Verordnung:**

§ 48

Voraussetzungen der Veranlagung der Kleinbetriebe und Tierhalter

Der Veranlagung als Kleinbetriebe und Tierhalter unterliegen

- a) private Industriebetriebe,
- b) private Gewerbebetriebe,
- c) private Handelsbetriebe,
- d) private Handwerksbetriebe mit fremden Arbeitskräften,
- e) alle übrigen nichtbäuerlichen Eigentümer, Besitzer, Pächter oder Nutznießer von landwirtschaftlichen Nutzflächen oder Tierhalter, wie zum Beispiel Haus- und Grundstücksbesitzer, private Verpächter von Grundstücken,

sofern auf sie die Bestimmungen des § 27 Abs. 1 Buchst. a der Verordnung nicht zutreffen.

§ 49

Veranlagung der Kleinbetriebe und der Tierhalter ohne Land

(1) Der im § 24 der Verordnung genannte Personenkreis ist bei einem Ausmaß der landwirtschaftlichen Nutzfläche bis zu 0,5 ha von der Pflicht-

ablieferung von Milch für zwei Kühe befreit. Werden mehr als zwei Kühe gehalten, hat der Ablieferungspflichtige für jede weitere Kuh ein Ablieferungssoll von jährlich 700 kg Milch zu erfüllen.

(2) Werden von den Kleinbetrieben oder Tierhaltern am Stichtag mehr als fünf Schweine, zwei Rinder oder 40 Legehennen gehalten, so ist die übersteigende Anzahl wie folgt zu veranlagen:

für das 6. bis 10. Schwein je Schwein: 50 kg Lebendgewicht Schwein,

für das 3. bis 5. Rind je Rind: 40 kg Lebendgewicht Rind,

für die 41. bis 60. Legehenne je Henne: 60 Stück Eier.

(Beispiel:

Am Stichtag sind sieben Schweine, ein Rind sowie 50 Legehennen vorhanden; es sind zu veranlagen: zwei Schweine mit je 50 kg Lebendgewicht und 10 Legehennen mit je 60 Stück Eier.)

(3) Werden am Stichtag mehr als 10 Schweine, fünf Rinder oder 60 Legehennen gehalten, entfällt die Veranlagung nach § 24 der Verordnung; in diesem Falle sind die Kleinbetriebe und Tierhalter als Spezialbetriebe nach § 25 der Verordnung für die Gesamtzahl der gehaltenen Tiere zu veranlagen.

(4) Die Veranlagung nach § 24 Abs. 1 Buchst. b der Verordnung mit 100 kg Schwein und 200 Stück Eiern jährlich ist unabhängig vom Viehbestand durchzuführen (ausgenommen Erwerbsgartenbaubetriebe und Obstanlagen).

(Beispiel:

Ein Kleinbetrieb mit 0,7 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche hält am Stichtag acht Schweine, keine Rinder und keine Hühner. Dieser Betrieb ist zu veranlagen für die Wirtschaft:

Jahressoll 100 kg Schwein und 200 Stück Eier und für das 6. bis 8. Schwein $3 \times 50 \text{ kg} = 150 \text{ kg}$ Schwein, somit insgesamt ein Jahressoll von 250 kg Schwein und 200 Stück Eier.)

(5) Sofern private Industrie-, Gewerbe- oder Handelsbetriebe oder Handwerksbetriebe mit fremden Arbeitskräften über die am Stichtag vorhandenen Schweine mit den VEAB Schweinemastverträge abgeschlossen haben, entfällt für diese Schweine die Veranlagung nach der Stückzahl. Die Veranlagung mit 100 kg Schwein je Betrieb nach § 24 Abs. 1 Buchst. b der Verordnung ist ohne Berücksichtigung der am Stichtag abgeschlossenen Schweinemastverträge durchzuführen, vorausgesetzt, daß die landwirtschaftliche Nutzfläche mehr als 0,5 ha beträgt.

(6) Unter den individuellen Besonderheiten, die die Räte der Kreise bei der Festlegung der Ablieferungssätze nach § 2 Abs. 3 der Zweiten Verordnung vom 21. Dezember 1956 zur Änderung der Verordnung über die Pflichtablieferung und den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse (GBl. I 1957 S. 37) zu berücksichtigen haben, sind insbesondere die Fälle zu verstehen, daß mangels ausreichenden Viehbestandes die betreffenden Erzeugnisse nicht geliefert werden können.

§ 50

Pflichtablieferung der Spezialbetriebe

(1) Unter die Bezeichnung „Spezialbetriebe“ (Viehmastbetriebe, Abmelk-wirtschaften, Geflügelzuchtbetriebe, Hühnerfarmen, Brütereien, private Schäfereien) fallen alle Betriebe, bei denen die Größe des Besitzes an landwirtschaftlicher Nutzfläche zur Anzahl der gehaltenen Tiere nicht in einem bei bäuerlichen Wirtschaften gewöhnlichen durchschnittlichen Verhältnis steht, sowie alle nichtbäuerlichen Tierhalter, die am Stichtag

- a) bei Schlachtvieh:
mehr als 10 Schweine oder 5 Rinder halten,
- b) bei Milch:
mehr als 4 Kühe halten,
- c) bei Eiern:
mehr als 60 Legehennen halten,
- d) bei Geflügel:
mehr als 60 Stück Geflügel (Gänse, Enten, Puten, Hühner, Hähne) halten.

Wird diese Anzahl nicht erreicht, ist nach § 24 Abs. 1 der Verordnung zu verlangen, wenn die sonst festgestellten Voraussetzungen gegeben sind. Die Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche eines solchen Spezialbetriebes oder die Art und Weise der Beschaffung von Futtermitteln ist nicht zu berücksichtigen.

(2) Private Industrie-, Gewerbe- und Handelsbetriebe sowie Handwerksbetriebe mit fremden Arbeitskräften sind als Spezialbetriebe nach § 25 der Verordnung zu verlangen, wenn die Stückzahl der von ihnen am Stichtag gehaltenen Tiere die im Abs. 1 festgelegte Stückzahl erreicht. Das gleiche gilt auch für Betriebe nach § 27 Abs. 1 Buchst. a der Verordnung, wenn bei diesen Betrieben die Voraussetzung des Abs. 1 gegeben ist.

(3) Wird die im Abs. 1 festgesetzte Anzahl in einer einzigen Tierart überschritten, so sind alle gehaltenen Tiere nach den Normen des § 25 der Verordnung zu verlangen.

(Beispiel):

Ein nichtbäuerlicher Betrieb hält am Stichtag 15 Schweine, zwei Rinder, davon eine Kuh, zwei Schafe und 30 Hühner. Dieser Betrieb ist zu verlangen:

15 Schweine mit je	90 kg Lebendvieh
2 Rinder mit je	60 kg Lebendvieh
1 Kuh mit	1400 kg Milch
2 Schafe mit je	8 kg Lebendvieh
30 Hühner mit je	80 Stück Eier

Außerdem ist für zwei Schafe entsprechend der Rasse das Ablieferungssoll in Wolle nach den Stückzahlnormen des § 25 der Verordnung festzusetzen.)

(4) Der Gesamtbestand an Geflügel der Spezialbetriebe ist nach folgenden Stückzahlnormen zur Pflichtablieferung von Geflügel zu verlangen:

Gänse	1,0 kg je Stück
Enten	0,4 kg je Stück
Puten	0,8 kg je Stück
Hühner/Hähne	0,2 kg je Stück

(5) Bei privaten Schweinemästereien oder anderen Spezialbetrieben ist die Anzahl der Schweine, über die kein Mastvertrag abgeschlossen wurde, nach den Normen für Spezialbetriebe zu verlangen.

(Beispiel):

Ein Betrieb hält am Stichtag 16 Schweine, davon 14 Schweine auf Mastvertrag. In diesem Falle sind zwei Schweine mit je 90 kg Schlachtvieh zu verlangen.)

(6) Ergeben sich bei der Veranlagung der Betriebe, die nach § 25 der Verordnung veranlagt werden sollen, Zweifel über die Eigenschaft als Spezialbetriebe, so entscheidet darüber endgültig der Rat des Kreises.

§ 51

Veranlagung als bäuerlicher Betrieb und als Spezialbetrieb

(1) Bäuerliche Betriebe mit einem Geflügelzuchtbetrieb, für den sie Futtermittelzuweisungen erhalten, sind zur Pflichtablieferung von Eiern als Spezialbetrieb zu verlangen (§ 25 der Verordnung).

(2) Bei Spezialschafhaltungen gelten die Bestimmungen des § 80 Abs. 2.

Zu § 26 der Verordnung:

§ 52

Veranlagung der Erwerbsgartenbaubetriebe

(1) Bei Erwerbsgartenbaubetrieben und Spezialbetrieben über 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche ist bei der Festlegung der Ablieferungsmengen für Schlachtvieh, Geflügel, Milch, Eier und Wolle zunächst von der Durchschnittsnorm der jeweiligen Betriebsgrößengruppe der Gemeinde auszugehen. Sind in diesen Betrieben entsprechende Viehbestände nicht vorhanden, so können unter Berücksichtigung der tatsächlichen Erzeugungsbedingungen Erleichterungen gewährt werden. Dabei sind die Stückzahlnormen für Spezialbetriebe (§ 25 der Verordnung) für die Berechnung der Pflichtablieferungsmenge heranzuziehen; die Räte der Kreise können aber auch eine andere den Erzeugungsbedingungen entsprechende Regelung treffen.

(2) Erwerbsgartenbaubetriebe unter 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche sind nach den Bestimmungen des § 24 der Verordnung zu verlangen. Sind die Erzeugungsbedingungen für Schlachtvieh und Eier nicht vorhanden, kann der Rat des Kreises diese Betriebe von der Pflichtablieferung von Schlachtvieh und Eiern befreien.

Veranlagung der gewerblichen Fuhrwerkbetriebe

Gewerbliche Fuhrwerkbetriebe, die über 1 ha landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschaften, sind, wenn es sich dabei nur um Wiesenflächen handelt, zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh, Geflügel, Milch, Eiern und Wolle wie Erwerbsgartenbaubetriebe zu veranlagern.

§ 54

**Veranlagung von geschlossenen Obstanlagen
(aufgehoben)****Abschnitt IX****Befreiung und Vergünstigung**

Zu § 27 der Verordnung:

§ 55

Veranlagung der Handwerksbetriebe

(1) Betreibt ein Handwerker ohne fremde Arbeitskräfte neben seinem Handwerksbetrieb ein anderes, nicht brancheübliches oder nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit seinem Handwerksbetrieb stehendes Handelsgeschäft, so ist er nach den Bestimmungen des § 24 der Verordnung zu veranlagern.

(2) Als fremde Arbeitskräfte im Handwerksbetrieb im Sinne des § 27 Abs. 1 der Verordnung gelten nicht Familienangehörige, Hausgehilfinnen oder Lehrlinge, auch wenn sie gegen Lohn beschäftigt sind und der Lohnsteuer und Sozialversicherungspflicht unterliegen.

§ 56

Veranlagung der Angehörigen der Intelligenz

Zu den Angehörigen der Intelligenz gehören alle Personen, die in der Verordnung vom 23. Juli 1953 über die Neuregelung des Abschlusses von Einzelverträgen mit Angehörigen der Intelligenz in der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. S. 897) genannt sind und die Personen, die ihre Einkünfte aus freier schriftstellerischer Tätigkeit, aus freier wissenschaftlicher Forschungs- oder Lehrtätigkeit oder aus einer anderen freiberuflichen Tätigkeit beziehen. In Zweifelsfällen entscheidet die Abteilung Erfassung und Aufkauf im Einvernehmen mit der Abteilung Kultur des Rates des Kreises, ob eine Befreiung erfolgt.

§ 57

Veranlagung zur Pflichtablieferung bei erhöhtem Viehbestand

(1) Die im § 27 Abs. 1 der Verordnung genannten, von der Ablieferung befreiten Personen einschließlich der Mitglieder der Produktionsgenossen-

schaften des Handwerks sind zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh, Milch und Eiern heranzuziehen, wenn sie am Stichtag (3. Dezember des der Veranlagung vorangegangenen Jahres): 6 bis 10 Schweine, 3 bis 5 Rinder, 3 bis 4 Kühe oder 41 bis 60 Legehennen halten. Die Ablieferungssätze regeln sich nach den Bestimmungen des § 49.

(2) Die im § 27 der Verordnung angeführten Personen einschließlich der Mitglieder der Produktionsgenossenschaften des Handwerks sind nach den Stückzahlnormen des § 25 der Verordnung und § 50 Abs. 4 dieser Durchführungsbestimmung zu verlangen, wenn am Stichtag mehr als 10 Schweine, 5 Rinder oder 4 Kühe gehalten werden. Werden am Stichtag lediglich mehr als 60 Legehennen oder 80 Stück Geflügel gehalten, so sind in bezug auf die Ablieferung von Schlachtvieh und Milch die Bestimmungen des § 27 der Verordnung anzuwenden.

(Beispiel:

Ein Industriearbeiter hält am Stichtag 5 Schweine, 3 Rinder, davon 2 Kühe, 50 Legehennen und insgesamt 65 Stück Geflügel [einschließlich der 50 Legehennen].

Veranlagung:

5 Schweine	=	ablieferungsfrei
3 Rinder	=	1 Rind mit = 40 kg Lebendvieh
2 Kühe	=	ablieferungsfrei
41.-50. Henne	=	10 × 60 Stück Eier = 600 Stück Eier
65 Stück Geflügel	=	× Ablieferungsnorm nach § 50 Abs. 4 dieser Durchführungsbestimmung:

das sind

50 Hennen	× 0,2 kg	= 10,0 kg
6 Enten	× 0,4 kg	= 2,4 kg
9 Gänse	× 1,0 kg	= 9,0 kg
insgesamt also		= 21,4 kg, daher

Geflügelgesamtsoll [aufgerundet] 21,5 kg.)

§ 58

Heime, Jugendschulen und Jugendherbergen

Für den Kreis der ablieferungsfreien Heime und Jugendherbergen nach § 27 Abs. 1 der Verordnung ist das Gesetz vom 8. Februar 1950 über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung (GBl. S. 95) zugrunde zu legen. Im Zweifelsfalle entscheidet der Rat des Kreises,

§ 59

Landwirtschaftliche Nebenbetriebe von Krankenhäusern, Heilanstalten, Altersheimen usw. (aufgehoben)

Zu § 29 der Verordnung:

§ 60

Befreiung von neugewonnenem Nutzland (aufgehoben)

§ 61

Befreiung der Wechselnutzung von Wiesen und Weiden

Wiesen und Weiden, die in Wechselnutzung genommen wurden, sind von der Pflichtablieferung pflanzlicher Erzeugnisse befreit, von der Pflichtablieferung von Heu jedoch nur für die Dauer der Ackernutzung. Durch die Wechselnutzung von Wiesen und Weiden dürfen die veranlagungspflichtigen Anbauflächen nicht verringert werden.

§ 62

Befreiung von der Ablieferung von Getreidestroh und Heu

Die Eigentümer, Besitzer, Pächter oder Nutznießer landwirtschaftlicher Betriebe sind von der Pflichtablieferung befreit:

- a) von Stroh: wenn das Gesamtausmaß der landwirtschaftlichen Nutzfläche 5 ha nicht übersteigt,
- b) von Heu: wenn das Gesamtausmaß der landwirtschaftlichen Nutzfläche 2 ha nicht übersteigt,
- c) von Heu und Stroh, wenn sie nach der Veranlagung nur bis zu 50 kg Heu und 100 kg Stroh abzuliefern hätten, sowie Weidgemeinschaften der VdgB zur Jungviehauzucht.

§ 63

Befreiung von der Ablieferung von Obst, Gemüse, Tabak und Korbweiden

Von der Ablieferung sind befreit:

- 1. von Obst:
 - a) Eigentümer, Besitzer, Pächter oder Nutznießer von Obstkulturfleichen, sofern diese 0,10 ha nicht übersteigen,
 - b) Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von über 1 ha, wenn nur offene Obstanlagen vorhanden sind,
 - c) Eigentümer, Besitzer, Pächter und Nutznießer von Erdbeerneuanlagen (Herbstanlagen) im ersten Jahr,

d) alle im § 27 Abs. 1 Buchst. b und § 28 der Verordnung angeführten Betriebe hinsichtlich der von ihnen bewirtschafteten Obstkulturfleichen;

2. von Gemüse:

- a) Eigentümer, Besitzer, Pächter oder Nutznießer von Spargelneuanlagen (für die ersten zwei Jahre),
- b) Eigentümer, Besitzer, Pächter oder Nutznießer von Rhabarberneuanlagen (für das erste Jahr);

3. von Tabak:

- a) Kleinpflanzer, die nicht mehr als 100 Pflanzen anbauen,
- b) öffentliche Schulen mit Anbau von Tabak zu Unterrichtszwecken;

4. von Korbweiden:

Erzeuger von Korbweiden für die im Veranlagungsjahr neu angelegten Flächen sowie für die wildwachsenden Bestände.

§ 64

Vergünstigungen für Stecklings- und Samenträgerflächen (aufgehoben)

§ 65

Nachveranlagung bei Nichtanbau von Samenträgerflächen und Sonderkulturen

(1) Die Ablieferungspflichtigen sind für die nach § 12 Abs. 1 Buchstaben d und e abgesetzten vertragsgebundenen Anbauflächen und Flächen, die trotz Vorliegen eines Anbaubescheides nicht mit den betreffenden Erzeugnissen angebaut oder, wenn die festgelegten Mengen Saatgut nicht abgeliefert wurden, nachzuveranlagen, und zwar:

- a) zur Ablieferung von Schlachtvieh, Geflügel, Milch, Eiern und Wolle nach Hektar;
- b) zur Ablieferung von Getreide und Kartoffeln nach Entscheidung des Rates des Kreises.

(2) Für die nach § 13 Buchst. a abgesetzten Anbauflächen von Gemüse, Speisehülsenfrüchten und Zuckerrüben, die trotz Vorliegen eines Anbaubescheides nicht mit den betreffenden Erzeugnissen angebaut wurden, sind die Ablieferungspflichtigen zur Ablieferung von Getreide und Kartoffeln anteilmäßig nach Entscheidung des Rates des Kreises nachzuveranlagen.

(3) Die DSG-Handelsbetriebe und die für die in den Absätzen 1 und 2 genannten Vertragskulturen zuständigen Erfassungsorgane sind verpflichtet, dem Rat des Kreises vom Nichtanbau oder von der Nichtablieferung der festgelegten Menge unverzüglich Kenntnis zu geben. Der Rat des Kreises hat die Nachveranlagung binnen zehn Tagen zu veranlassen.

Durchführung der differenzierten Veranlagung

Zu § 30 der Verordnung:

1. Unterabschnitt**Veranlagung zur Pflichtablieferung von Gemüse****§ 66****Veranlagung zur Pflichtablieferung von Freilandgemüse**

Zur Pflichtablieferung von Freilandgemüse ist nach der als Ergänzung zum Anbaubescheid durch die Räte der Gemeinden ausgehändigten Gemüseartenaufteilung zu veranlagern.

§ 67**Ablieferungsnormen für Gemüse**

(1) Bei folgenden Gemüsearten werden Ablieferungsnormen für jede einzelne Art festgelegt:

Blumenkohl spät, Knollenzwiebeln, grüne Bohnen, Erbsen, Gurken, Tomaten und Spargel.

(2) Für alle übrigen Gemüsearten, wie:

Weißkohl früh, Weißkohl spät, Rotkohl früh, Rotkohl spät, Blumenkohl früh, Möhren früh, Möhren spät, Kohlrüben, rote Rüben, Rhabarber, Kohlrabi, Wirsingkohl früh, Wirsingkohl spät, Lauchzwiebeln, Wurzelpetersilie, Schwarzwurzeln, Sellerie, Rosenkohl und Meerrettich, wird unter der Bezeichnung „sonstiges Gemüse“ eine Ablieferungsnorm festgelegt.

(3) Die unterschiedlichen Hektarerträge der unter dem Begriff „sonstiges Gemüse“ zusammengefaßten Gemüsearten sind bei der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtung insofern zu berücksichtigen, als für die einzelnen Gemüsearten die in den Güte- und Abnahmebestimmungen enthaltenen unterschiedlichen Anrechnungssätze anzuwenden sind.

§ 68**Veranlagung zur Pflichtablieferung von Treibgemüse**

Die Veranlagung zur Ablieferung von Treibgemüse ist auf Grund der vom Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf über die Durchführung der Veranlagung, der Erfassung und des Aufkaufs von Treibgemüse gesondert erlassenen Bestimmungen durchzuführen.

§ 69**Durchführung des Vertragsabschlusses und die Ablieferungstermine für Gemüse**

(1) Der Vertragsabschluß mit den einzelnen Erzeugern ist von den Großhandelskontoren für Obst und Gemüse bzw. Großhandelskontoren für Lebensmittel, Obst und Gemüse oder anderen zugelassenen Erfassungsorganen durchzuführen.

(2) Für die einzelnen Gemüsearten sind unter Berücksichtigung der Erzeugungsbedingungen und des Versorgungsbedarfs der Bevölkerung für die einzelnen Monate zwischen den Anbauern von Gemüse und den für Gemüse zugelassenen Erfassungsorganen mit Unterstützung der Räte der Gemeinden Ablieferungstermine zu vereinbaren und im Vertrag über die Ablieferung einzutragen. Dabei ist zu beachten, daß möglichst frühzeitige Endtermine vereinbart werden, und zwar

a) bei Treibgemüse:

bei Salat nicht später als bis Ende April,

bei Kohlrabi nicht später als bis 20. Mai,

bei Blumenkohl nicht später als bis 10. Juni,

bei Möhren nicht später als bis 20. Juni,

bei Gurken nicht später als bis Ende Juni,

bei Tomaten nicht später als bis Ende Juni;

b) bei Freilandgemüse:

bei Frühgemüse nicht später als bis zum 20. September,

bei Spätgemüse (außer Rosenkohl) nicht später als bis zum 20. November,

bei Rosenkohl nicht später als bis Ende Dezember.

(3) Die Ablieferungstermine für „sonstiges Gemüse“ sind, falls eine Einigung zwischen dem Rat der Gemeinde, dem zugelassenen Erfassungsorgan für Gemüse und dem Anbauer von Gemüse bei der Aushändigung des Vertrages über die Ablieferung nicht zu erzielen ist, bis spätestens 31. März des Veranlagungsjahres nach den durchschnittlichen Ernteterminen in der Gemeinde von dem Rat der Gemeinde festzulegen.

(4) Wenn trotz der Unterstützung durch den Rat der Gemeinde der Vertragsabschluß nicht zustande kommt, ist der betreffende Erzeuger auf Vorschlag des Großhandelskontors für Obst und Gemüse durch die Abteilung Erfassung und Aufkauf des Rates der Kreises zur Ablieferung von Gemüse mittels Ablieferungsbescheides zu verpflichten.

2. Unterabschnitt

Veranlagung zur Pflichtablieferung von Wolle

§ 70

Veranlagung der genossenschaftlichen Schafhaltung der LPG Typ I und II

(1) Mitglieder der LPG Typ I und II, die bis zum Stichtag alle von ihnen bisher gehaltenen Schafe in die LPG eingebracht hatten, werden von der Pflichtablieferung je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in Wolle befreit, wenn die eingebrachten Schafe nach Abs. 3 veranlagt werden.

(2) Mitglieder der LPG Typ I und II, die bis zum Stichtag die von ihnen bisher gehaltenen Schafe nur zum Teil in die LPG eingebracht hatten, sind zur Pflichtablieferung von Wolle wie Mitglieder der LPG Typ III heranzuziehen, wenn die eingebrachten Schafe nach Abs. 3 veranlagt werden.

(3) Die LPG Typ I und II sind für die eigenen Schafbestände nach § 25 der Verordnung zu veranlagern. Von der errechneten Ablieferungsmenge sind 20 % in Abzug zu bringen.

(4) Die LPG Typ I und II werden für landwirtschaftliche Nutzflächen, die nicht in das Bodenbuch der Genossenschaft als eingebrachte Bodenanteile auf den Namen von Mitgliedern eingetragen sind, zur Pflichtablieferung von Wolle wie LPG Typ III veranlagt. Von der errechneten Ablieferungsmenge sind 20 % abzusetzen.

(5) (gestrichen)

§ 71

Veranlagung der LPG-Schäferelen

(aufgehoben)

§ 72

Veranlagung der Hauswirtschaften der Mitglieder der LPG Typ III

Die Mitglieder der LPG Typ III sind für ihre Hauswirtschaften zur Pflichtablieferung von Wolle wie folgt zu veranlagern:

- a) Die Hauswirtschaften sind für ein Schaf von der Pflichtablieferung von Wolle befreit;
- b) werden am Stichtag von den Hauswirtschaften zwei oder drei Schafe gehalten, so sind sie zur Pflichtablieferung von Wolle für die Schafhaltung mit insgesamt 2 kg Wolle zu veranlagern;

34

c) für das 4. bis 15. Schaf sind sie mit einer Norm von 3 kg Wolle je Schaf, unabhängig von der gehaltenen Rasse, zu veranlagern;

d) werden am Stichtag 16 und mehr Schafe gehalten, so sind die Hauswirtschaften mit allen Schafen zur Pflichtablieferung von Wolle und Schlachtvieh je Schaf nach § 25 der Verordnung zu veranlagern.

(Beispiel:

In einer Hauswirtschaft der LPG Typ III befinden sich am Stichtag 10 Schafe. Die Veranlagung für die Hauswirtschaft in Wolle ist wie folgt:

nach Abs. 1 Buchst. a erfolgt für ein Schaf keine Pflichtablieferung von Wolle;

nach Abs. 1 Buchst. b kommen für die Schafhaltung zur Veranlagung für das 2. bis 3. Schaf insgesamt 2 kg Wolle;

nach Abs. 1 Buchst. c werden vom 4. bis 10. Schaf = 7 Schafe × 3 kg veranlagt

21 kg Wolle

zusammen beträgt das Ablieferungssoll in Wolle 23 kg Wolle)

§ 73

Veranlagung bei Eintritt in eine LPG Typ III

(1) Werden von Mitgliedern, die kein Acker- oder Gartenland individuell nutzen, Schafe gehalten, so gilt die Regelung nach § 72.

(2) Werden Einzelbauern Mitglieder einer LPG Typ III, so sind sie zur Pflichtablieferung von Wolle nach dem § 72, und zwar vom 1. Januar des Veranlagungsjahres, zu veranlagern, wobei ihre bisherige Ablieferung von Wolle bzw. das für Wolle gelieferte Austauschzeugnis anzurechnen ist.

§ 74

Änderung der Veranlagung der LPG während des Jahres

(1) Das Ablieferungssoll in Wolle ist bei Neubildung von LPG Typ III, beim Übergang zu Typ III oder bei Neuaufnahme von Mitgliedern entsprechend den Bestimmungen des § 17 der Verordnung festzulegen. Die von den Mitgliedern bereits auf die Pflichtablieferung gelieferte Wolle ist anzurechnen.

(2) Ablieferungsschulden in Wolle sind durch den früheren Eigentümer oder Bewirtschafter zu tilgen.

(3) Beim Übergang einer LPG Typ I und II zur genossenschaftlichen Schafhaltung während des Veranlagungsjahres bleibt das Ablieferungssoll in Wolle entsprechend den an die Mitglieder ausgehändigten Ablieferungsbescheiden für das Veranlagungsjahr bestehen.

33

Veranlagung bei Austritt und Ausschluss von Mitgliedern aus der LPG
Erklärt ein Mitglied seinen Austritt aus einer LPG, so verliert es für das Veranlagungsjahr die ihm zustehenden Ermäßigungen in der Pflichtablieferung von Wolle. Dieser Bauer ist nach den allgemeinen Bestimmungen zur Pflichtablieferung von Wolle zu veranlagern. Bei Ausschluss gelten die Bestimmungen des § 34 entsprechend.

§ 76

Veranlagung zur Pflichtablieferung von Wolle bei Übernahme von Wirtschaften durch westdeutsche Bauern

(1) Für Bauern und Landarbeiter, die aus Westdeutschland in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik übersiedeln, sind bei Übernahme von

- a) unbesetzten Neubauernstellen,
- b) Neubauernstellen in direktem Besitzwechsel

Vergünstigungen in der Pflichtablieferung von Wolle zu gewähren.

(2) Der Berechnung des Ablieferungssolls in Wolle sind die vom Rat des Kreises festgesetzten Durchschnittsnormen der Gemeinde zugrunde zu legen, in der der aus Westdeutschland übersiedelte Bauer oder Landarbeiter seinen Wohnsitz hat.

(3) Von den errechneten Ablieferungsmengen sind Vergünstigungen bei Übernahme von

- a) unbesetzten Neubauernstellen im 1., 2. und 3. Jahr 40 % und im 4. Jahr 25 %,
- b) Neubauernstellen in direktem Besitzwechsel im 1. Jahr 10 % des Ablieferungssolls in Wolle

zu gewähren.

(4) Bei Übernahme von Einzelbauernwirtschaften können die Räte der Kreise den westdeutschen Bauern entsprechende Erleichterungen gewähren.

§ 77

Veranlagung sonstiger landwirtschaftlicher Betriebe zur Pflichtablieferung von Wolle

Falls nachstehend nichts anderes angeführt, ist das Ablieferungssoll in Wolle wie in tierischen Erzeugnissen bei folgenden sonstigen landwirtschaftlichen Betrieben festzulegen:

- a) bei Versuchsanstalten von Universitäten und staatlichen Tierzuchtbetrieben durch die Räte der Kreise entsprechend § 42 Abs. 1, bei Akademiegütern entsprechend § 42 Abs. 2 und bei volkseigenen Lehr- und Versuchsgütern entsprechend § 40 Abs. 1;
- b) bei Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben, bei volkseigenen Industrie- und Handelsbetrieben, bei Gütern, z. B. Kirchengütern, nach den für

die Einzelbauern geltenden Bestimmungen, bei nicht ausreichendem Schafbesatz nach den Bestimmungen des § 25 der Verordnung;

c) bei Deck- und Besamungsstationen nach den Ablieferungsnormen des § 25 der Verordnung;

d) bei Schafhüttegemeinschaften wie bei Weidegemeinschaften für Jungviehaufzucht in allen tierischen Erzeugnissen (§ 46);

e) bei Betrieben und Flächen in Bewirtschaftung der Räte der Kreise und Gemeinden nach den allgemeinen Bestimmungen für Einzelbauern. Ist der Viehbestand auf den Betrieben und Flächen zur Erfüllung des Ablieferungssolls in Wolle nicht ausreichend, kann der Rat des Kreises das Ablieferungssoll in Wolle ermäßigen;

f) bei landwirtschaftlichen Einzelbetrieben und Flächen, die während des Veranlagungsjahres durch die Räte der Kreise und Gemeinden zur Bewirtschaftung übernommen werden, nach den allgemeinen Bestimmungen unter Berücksichtigung des Buchst. e.

§ 78

Veranlagung der Kleinbetriebe und der Tierhalter ohne Land

(1) Private Industrie-, Gewerbe- und Handelsbetriebe und Handwerksbetriebe mit fremden Arbeitskräften sowie alle übrigen nichtbäuerlichen Eigentümer, Besitzer, Pächter oder Nutznießer von landwirtschaftlichen Nutzflächen werden in Wolle wie folgt veranlagt:

a) werden am Stichtag von den vorgenannten Erzeugern bis zu 2 Schafe gehalten, so sind sie zur Pflichtablieferung von 2 kg Wolle heranzuziehen;

b) halten die vorgenannten Erzeuger am Stichtag bis zu 15 Schafe, so sind diese Erzeuger für das 3. bis 15. Schaf mit einer Norm von 3 kg Wolle je Schaf, unabhängig von der gehaltenen Rasse, zu veranlagern;

c) halten die vorgenannten Erzeuger am Stichtag 16 und mehr Schafe, so sind sie für alle Schafe zur Pflichtablieferung von Wolle und mit Schlachtvieh je Schaf nach § 25 der Verordnung zu veranlagern;

(Beispiel):

Ein Handwerksbetrieb mit fremden Arbeitskräften hält am Stichtag 10 Schafe.

Zur Pflichtablieferung von Wolle wird dieser wie folgt herangezogen:

nach Abs. 1 Buchst. a für das 1. und 2. Schaf	2 kg Wolle
nach Abs. 1 Buchst. b für das 3. bis 10. Schaf	24 kg Wolle
[8 Schafe × 3 kg Wolle]	

insgesamt 26 kg Wolle)

(2) Arbeiter, Angestellte, Angehörige der schaffenden Intelligenz, Sozial- und Fürsorgetner und jene Handwerksbetriebe, die keine fremden Arbeitskräfte beschäftigen, sind, wenn der Besitz an landwirtschaftlicher Nutzfläche im Einzelfall nicht mehr als 1 ha beträgt und mehr als ein Schaf gehalten wird, zur Pflichtablieferung von Wolle wie die Hauswirtschaften der Mitglieder der LPG Typ III zu veranlagern (vergl. § 72).

Veranlagung von Schäfern mit eigenem Schafbestand

- (1) Schäfer, denen tariflich Eigenschafhaltung zusteht, sind für je 25 Schafe der von ihnen betreuten Herde für ein eigenes Schaf von der Ablieferung von Wolle befreit.
- (2) Für die übrigen Schafe sind sie bis zu einem Bestand von 30 Stück nach § 25 der Verordnung zur Pflichtablieferung nur von Wolle und für jedes darüberhinaus gehaltene Schaf auch zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh zu veranlagten.
- (3) Bewirtschaften diese Schäfer noch einen landwirtschaftlichen Betrieb, so hat die Veranlagung zur Pflichtablieferung für die übrigen Erzeugnisse ohne Berücksichtigung der Schafhaltung nach den allgemeinen Bestimmungen zu erfolgen.

§ 80

Veranlagung privater Schäfereien

- (1) Als Schäfereien sind jene privaten Schafhaltungen anzusehen, die
- a) vorwiegend fremde Futterflächen und Hutungen mit ihrer Herde nutzen oder
- b) mehr als 150 Schafe halten, wobei das Verhältnis der Haltung von Rindern zur Haltung von Schafen 1 : 10 (Rinder zu Schafen) am Stichtag unterschreitet.

(Beispiel zu Buchst. a):

Ein Erzeuger mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 3 ha besitzt am Stichtag 80 Schafe. Die Futtergrundlage für diese Schafherde ist bei 3 ha nicht gegeben, die Schafe müssen fremde Futterflächen nutzen.

(Beispiel zu Buchst. b):

Ein Erzeuger mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 10 ha besitzt am Stichtag zehn Rinder und 300 Schafe. Das Verhältnis der Rinderhaltung zur Schafhaltung beträgt 1 Rind zu 30 Schafen. Der Betrieb ist daher als Schäferei im Sinne dieser Durchführungsbestimmung anzusehen.)

(2) Private Schäfereien sind unabhängig von der von ihnen bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh, Geflügel, Milch, Eiern und Wolle nach § 25 der Verordnung zu veranlagen.

(3) In Zweifelsfällen entscheidet über die Frage, ob es sich um eine Schäferei handelt, der Rat des Kreises.

§ 81

Veranlagung der Schafhaltungen über 1 ha landwirtschaftliche Nutzfläche

Die Schafhaltungen von Einzelbauern mit mehr als 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche sind, soweit sie nicht als private Schäferei anzusehen

sind, bei einem Bestand von mehr als 30 Schafen am Stichtag in Wolle nach der Stückzahl zu veranlagen, und zwar für das 31. und die weiteren Schafe nach § 25 der Verordnung.

(Beispiel):

Ein Erzeuger mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 10 ha besitzt am Stichtag 35 Schafe [Merino]. Die Veranlagung zur Pflichtablieferung von Wolle wird wie folgt durchgeführt:

10 ha × Norm 1,5 kg	= 15,00 kg Wolle
5 Schafe × Norm 3,5 kg	= 17,50 kg Wolle
	insgesamt 32,50 kg Wolle)

§ 82

Veranlagung der Erwerbsgartenbaubetriebe

Erwerbsgartenbaubetriebe und andere Spezialbetriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von mehr als 1 ha, die gemäß § 52 Abs. 1 Erleichterungen bei der Pflichtablieferung von Schlachtvieh, Geflügel, Milch und Eiern erhalten haben, sind zur Pflichtablieferung von Wolle nach § 25 der Verordnung zu veranlagen.

§ 83

Veranlagung für Landwirtschaften sanitärer, sozialer und anderer Anstalten und Einrichtungen

Landwirtschaften als Nebenbetriebe von Krankenhäusern, Heilanstalten, Invaliden-, Krüppel- und Altersheimen, Erholungs- und Ferienheimen der Sozialversicherung, des FDGB und anderer Massenorganisationen oder Anstalten von staatlichen Verwaltungsorganen, werden zur Pflichtablieferung von Wolle nach § 25 der Verordnung veranlagt.

§ 84

Austauscherzeugnisse für Wolle

(1) Bei Einzelbauern, die je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche zur Pflichtablieferung von Wolle veranlagt werden und infolge unzureichender Haltung von Schafen die Voraussetzungen für die Produktion am Stichtag nicht oder nicht voll nachweisen können, ist das Ablieferungssoll in Wolle in folgende Austauscherzeugnisse umzurechnen:

für 1 kg abzuliefernde Rohwolle =
15 kg Lebendvieh ohne Schwein oder Schwein
oder 70 kg Milch.

(2) Die nach Abs. 1 ermittelten Ablieferungsmengen von Schlachtvieh und Milch sind zum Ablieferungssoll in Lebendvieh ohne Schwein, Schwein oder Milch hinzuzurechnen und in den Ablieferungsbescheid aufzunehmen.

§ 85

Wolleablieferung beim Verkauf von Schafen

(1) Bei einem Verkauf von Schafen bleibt der Verkäufer in jedem Falle für die Ablieferung der Wolle in natura bis zur vollen Erfüllung des Ablieferungssolls verpflichtet.

(2) Der Verkauf von Schafen ist gestattet, wenn durch den Rat der Gemeinde festgestellt wird, daß die Sicherung der Pflichtablieferung in Wolle beim Verkäufer gegeben ist.

3. Unterabschnitt

Besondere Bestimmungen für die Veranlagung zur Pflichtablieferung von Getreide, Frühkartoffeln und Getreidestroh

§ 86

Aufschlüsselung des Ablieferungssolls in Getreide auf die Getreidearten

(1) Die Aufschlüsselung des Ablieferungssolls in Getreide nach Arten ist nach

- a) Brotgetreide,
 - b) Brau- und braufähige Gerste,
 - c) sonstiges Getreide (sonstige Gerste, Hafer einschließlich Gemenge)
- vorzunehmen. Für landwirtschaftliche Betriebe, deren Ablieferungsverpflichtung in Getreide nicht mehr als 10 dz beträgt, ist im Ablieferungsbescheid nur die Getreideart Brau- und braufähige Gerste gesondert festzulegen.

(2) Die Erzeuger, deren gesamte Ablieferungsverpflichtung in Getreide nicht mehr als 3 dz beträgt, können selbst entscheiden, welche Getreideart sie abliefern wollen.

§ 87

Veranlagung zur Pflichtablieferung von Schlachtvieh oder Milch an Stelle von Getreide

Für landwirtschaftliche Betriebe, bei denen das Ablieferungssoll in Getreide nicht mehr als 1 dz beträgt, ist an Stelle von Getreide möglichst die Ablieferung von Schlachtvieh oder Milch im Ablieferungsbescheid festzulegen.

§ 88

Veranlagung zur Pflichtablieferung von Früh- und Fabrikkartoffeln (aufgehoben)

4. Unterabschnitt

Veranlagung zur Pflichtablieferung von Geflügel

§ 89*

(1) Die im § 4 Abs. 1 Buchst. b der Verordnung festgelegte Ablieferungspflicht für Geflügel bezieht sich auf alle Bauernwirtschaften von mehr als 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, auf LPG Typ I, II und III, auf Geflügel spezialbetriebe und sonstige landwirtschaftliche Betriebe.

(2) Die Ablieferungssätze betragen:

- a) für alle Bauernwirtschaften mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 1 bis 2 ha insgesamt 1 kg Geflügel, mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 2 bis 5 ha 2 kg Geflügel;
- b) für alle Bauernwirtschaften mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von mehr als 5 ha 600 g Geflügel je ha;
- c) für die Mitglieder der LPG Typ I und II wie bei Bauernwirtschaften;
- d) für LPG Typ III 500 g Geflügel je ha;
- e) für LPG Typ I, II für die bei den Mitgliedern nicht veranlagte Fläche 500 g Geflügel je ha;
- f) für Geflügel spezialbetriebe nach § 50, Abs. 4.

(3) Das Ablieferungssoll ist jeweils auf volle 500 g Geflügel aufzurunden.

(4) Ablieferungspflichtige Betriebe, die auf Grund eines Nutzungsvertrages freie Flächen übernehmen, sind zur Pflichtablieferung von Geflügel entsprechend den Bestimmungen der Anordnung vom 20. September 1956 über die Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse bei Übernahme freier Betriebe und Flächen (GBl. I S. 822) zu veranlagern.

(5) Beträgt das Gesamtausmaß der eigenen zuzüglich der übernommenen Flächen 1 bis 2 ha, ist das Ablieferungssoll mit 1 kg Geflügel und bei 2 bis 5 ha mit 2 kg Geflügel festzulegen.

Abschnitt XI

Differenzierungskommission

Zu § 30 Abs. 2 der Verordnung:

§ 90

Aufgaben der Differenzierungskommissionen (aufgehoben)

* Der § 89 regelte bisher die Lieferung von Raps-, Rübsen- oder Senfstroh an Stelle von Getreidestroh; die Bestimmungen wurden aufgehoben.

Zusammensetzung der Bezirks- und Kreislieferungskommissionen
(aufgehoben)

§ 92

Zusammensetzung der Gemeindeflieferungskommissionen
(aufgehoben)

§ 93

Benennung der Kommissionsmitglieder
(aufgehoben)**Zu § 32 Abs. 1 der Verordnung:**

§ 94

Ablieferungsbescheide

Der Ablieferungsbescheid ist beim Rat der Gemeinde zu hinterlegen, wenn sich der Erzeuger weigert, den Ablieferungsbescheid entgegenzunehmen. In diesem Falle gilt der Ablieferungsbescheid mit dem Tage der Hinterlegung als ausgehändigt und die Verpflichtung des Erzeugers zur Ablieferung begründet. Dem Erzeuger ist von der erfolgten Hinterlegung Mitteilung zu machen.

Zu § 33 der Verordnung:

§ 95

Ablieferungsschulden

(1) Die Veranlagung für das kommende Jahr ist unabhängig von den Ablieferungsschulden der einzelnen Erzeuger durchzuführen.

(2) Der Rat der Gemeinde hat nach erfolgter Endabstimmung der Erzeugerkartei mit der Lieferantentei des VEAB für jeden Erzeuger die nach dem Stand vom 1. Januar des Veranlagungsjahres festgestellten Ablieferungsschulden für die einzelnen Erzeugnisse einschließlich der gestundeten Mengen in die Ergänzung zum Ablieferungsbescheid einzutragen. Die Ergänzung zum Ablieferungsbescheid ist unverzüglich dem Erzeuger auszuhändigen.

(3) Bei LPG sind die nach den Bestimmungen des Abs. 2 ermittelten Ablieferungsschulden und gestundeten Mengen an Hand der vom VEAB übergebenen Abstimmungsnachweise zum Abschlußbericht über die Erfüllung des Erfassungsplanes durch den Rat des Kreises in den Ablieferungsbescheid einzutragen.

(4) Der Rat des Kreises hat an Hand der vom VEAB übergebenen Abstimmungsnachweise zum Abschlußbericht über die Erfüllung des Erfassungsplanes die Richtigkeit der Eintragungen der Schulden zu überprüfen und zu bestätigen.

(5) (gestrichen)

Änderung des Ablieferungsbescheides

Eine Änderung des Ablieferungsbescheides ist durch den Rat des Kreises jederzeit zulässig, wenn in ihm Schreib- oder Rechenfehler enthalten sind; wird festgestellt, daß der Bescheid entgegen den gesetzlichen Bestimmungen ausgestellt wurde, so ist er vom Rat des Kreises aufzuheben bzw. zu ändern oder zu ergänzen. Nach Ablauf des Veranlagungsjahres kann der Ablieferungsbescheid nicht mehr abgeändert oder ergänzt werden.

Zu § 37 der Verordnung:

§ 97

Stichtag

(1) Als Stichtag der Veranlagung nach dieser Durchführungsbestimmung ist der 3. Dezember des jeweiligen Jahres anzusehen.

(2) Für die Überprüfung der Veranlagung kann der 3. März oder der 3. Juni als Stichtag herangezogen werden.

Abschnitt XII**Vertragskulturen****1. Unterabschnitt****Obst- und Weintrauben****Zu §§ 38 bis 41 der Verordnung:**

§ 98

Ablieferungspflicht des Erzeugers von Obst

(1) Der Ablieferungspflicht von Obst unterliegen alle im § 2 der Verordnung angeführten Eigentümer, Besitzer, Pächter oder Nutznießer von Obstkulturflächen, wobei die Bestimmungen des § 63 Ziff. 1 zu beachten sind. Zur Ablieferung wird der Anbauer von Obst nach § 38 der Verordnung auf Grund von Verträgen herangezogen.

(2) Obsterntepächter (das sind Pächter, die Anlagen nur zur Aberntung nutzen) sind unabhängig von dem Umfang der von ihnen genutzten Flächen zur Ablieferung heranzuziehen.

(3) Anbauer von Erdbeeren, die einen Anbaubescheid über den Anbau von Erdbeeren erhalten haben, sind mit Erdbeeren auch dann zu veranlagern, wenn die Fläche 0,10 ha nicht übersteigt. Für die im Anbauplan festgelegten Erdbeerflächen sind alle ablieferungspflichtigen Anbauer unabhängig vom Umfang der Fläche mit 80 % der Gemeindedurchschnittsnorm von Obst zu veranlagern.

Feststellung der ablieferungspflichtigen Flächen

- (1) Eigentümer, Besitzer, Pächter oder Nutznießer, deren Obstkulturanlagen in verschiedenen Gemeinden oder Kreisen des eigenen oder eines benachbarten Bezirkes liegen, sind in der Gemeinde zur Ablieferung heranzuziehen, in der sie ihren Wohnsitz haben.
- (2) Die Grundlage für die Einreihung in die Größengruppe für Obstkulturf lächen ist die beim Bürgermeister der Wohnsitzgemeinde vorhandene Betriebsliste.
- (3) Obsterntepächter sind in der Gemeinde zur Ablieferung heranzuziehen, in der sie ihre Obstkulturanlagen in Erntepacht haben.
- (4) Bewirtschaften mehrere Mitglieder eines Haushaltes getrennt Obstkulturf lächen, so sind diese Obstkulturf lächen als eine Flächeneinheit bei der Einreihung in die entsprechende Größengruppe zu betrachten. Der Vertrag ist mit einem vertretungsberechtigten Familienmitglied abzuschließen.

§ 100

Differenzierung der Obstablieferungsmenge

- (1) Die Obstkulturf lächen sind nach folgenden Größengruppen zu unterteilen:

0,10 ha bis 0,20 ha Obstkulturf läche,
über 0,20 ha bis 0,50 ha Obstkulturf läche,
über 0,50 ha bis 1,00 ha Obstkulturf läche
und über 1,00 ha Obstkulturf läche.

- (2) Obsterntepächter sind mit 95 % ihres Durchschnittsertrages von Obst ablieferungspflichtig. Das gleiche trifft zu für die Obstanlagen, die von staatlichen Straßenunterhaltungsbetrieben oder von den Gemeinden bewirtschaftet werden.

§ 101

Durchführung der Vertragsabschlüsse

Nach Bestätigung der Obstdifferenzierung durch den Rat des Kreises sind die Nachweise über die bestätigte Obstdifferenzierung dem zuständigen Großhandelskontor für Obst und Gemüse bzw. dem zuständigen Großhandelskontor für Lebensmittel, Obst und Gemüse oder dem anderen zuständigen Erfassungsorgan zur Durchführung des Vertragsabschlusses zu übergeben. Die Verträge sind nach Arten abzuschließen, wobei mit den Erzeugern für die einzelnen Arten Ablieferungstermine zu vereinbaren sind.

§ 102

Ablieferungspflicht für Weintrauben

- (1) Der Ablieferungspflicht von Weintrauben unterliegen — außer VEG — alle im § 2 der Verordnung genannten Eigentümer, Besitzer, Pächter oder Nutznießer von Rebekulturf lächen, wenn die in ihrem Besitz befindliche

Rebekulturf läche die Größe von 0,03 ha übersteigt. Zur Ablieferung wird der Erzeuger nach § 38 der Verordnung auf Grund von Verträgen herangezogen.

- (2) Bei der Veranlagung ist von der durchschnittlichen differenzierten Ablieferungsmenge der Vorjahre sowie von der differenzierten Ablieferung des Jahres 1955 unter Einhaltung der festgesetzten Planmengen für das Jahr 1956 auszugehen. Veränderungen sind vorzunehmen, sofern ein Zugang von ertragsfähigen Rebekulturf lächen zu verzeichnen ist oder sich die Veranlagung der Vorjahre als zu niedrig erwiesen hat. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Ablieferungsmenge bei einem Umfang der Rebekulturf läche

über 0,03 ha bis 0,05 ha	30 %
über 0,05 ha bis 0,10 ha	50 %
über 0,10 ha bis 0,25 ha	70 %
über 0,25 ha bis 1,00 ha	80 %
über 1,00 ha	90 %

des durchschnittlichen Ertrages gut gepflegter Anlagen der Vorjahre nicht übersteigen soll.

2. Unterabschnitt

Technische Kulturen

§ 103

Ablieferung von technischen Kulturen

- (1) Zur vertraglichen Ablieferung von Zuckerrüben, Tabak, Faserpflanzenstroh und -samen, Arznei- und Gewürzpflanzen, sowie Mohnkapseln sind alle Betriebe, die zum Anbau dieser Kulturen durch den Anbaubescheid bzw. die Ergänzung zum Anbaubescheid verpflichtet sind — (bei Mohnkapseln für die im Anbaubescheid festgelegte Anbaufläche in Mohn) — heranzuziehen.

- (2) Die Eigentümer, Besitzer, Pächter oder Nutznießer von Korbweidenflächen sind von sämtlichen Anlagen kulturmäßig erzeugter Korbweiden und Bandstockweiden einschließlich der Stecklingsflächen, unabhängig von der Größe der bewachsenen Flächen ablieferungspflichtig.

- (3) Die VEG, LPG und sonstigen landwirtschaftlichen Betriebe nach § 2 der Verordnung sind für die gesamte Anbauflächen in Kulturhopfen ablieferungspflichtig. Die Ablieferungsmengen für VEG werden im Plan des VEG festgesetzt.

- (4) Die Anbauer von Tabak, die zum Anbau nicht verpflichtet sind, aber mehr als 100 Pflanzen anbauen, sind für den gesamten Anbau ablieferungspflichtig.

§ 104

Vertragliche Ablieferungspflicht der LPG

- (1) Die Veranlagung der LPG zur Ablieferung von Sonderkulturen ist entsprechend den geltenden Bestimmungen für bäuerliche Wirtschaften durchzuführen.

(2) Bei Eintritt neuer Mitglieder in eine LPG und bei Neubildung von LPG geht die gesamte vertragliche Ablieferungspflicht für Sonderkulturen der bäuerlichen Wirtschaften auf die LPG über.

Zu § 38 der Verordnung:

§ 105

Verträge

Die Verträge über die Ablieferung sind zweifach auszufertigen. Eine Ausfertigung erhält der Erzeuger, die zweite der Erfassungsbetrieb.

§ 106

Durchführung des Vertragsabschlusses durch die Erfassungsorgane

(1) Der Vertragsabschluß mit den einzelnen Erzeugern ist von den nachstehend genannten Erfassungsbetrieben durchzuführen:

- a) von den Bastfaseraufbereitungsbetrieben für Faserlein, Ölfaserlein und Hanf (Stroh, Samen bzw. Saatgut), sofern es sich um den Anbau bei VEG, LPG sowie Universitäts- und anderen staatlichen Gütern handelt. Darüber hinaus führen die Bastfaseraufbereitungsbetriebe in den vom Staatssekretariat für Erfassung und Einkauf festgelegten Kreisen den Vertragsabschluß mit allen Erzeugern durch;
 - b) von den VEAB für Faserlein, Ölfaserlein und Hanf (Stroh, Samen bzw. Saatgut), sofern es sich um den Anbau der unter Buchstabe a nicht genannten landwirtschaftlichen Betriebe handelt und für Mohnkapseln;
 - c) von den VEB Rohtabak für Tabak, einschließlich Kleinpflanzertabak;
 - d) von den volkseigenen Zuckerfabriken für Zuckerrüben;
 - e) (gestrichen)
 - f) von den Erfassungsbetrieben für Arznei- und Gewürzpflanzen in den ihnen zugeteilten Arbeitsgebieten für die festgelegten Arten;
 - g) von den Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Korbweidenhandwerks für Korbweiden;
 - h) vom Volkseigenen Versorgungs- und Lagerungskontor der Lebensmittelindustrie - Getränke - Abteilung Hopfen und Malz, Außenstelle Leipzig für Kulturhopfen.
- (2) Der Vertrag ist mit den VEG, den LPG und den Eigentümern, Besitzern, Pächtern oder Nutznießern der bäuerlichen und übrigen Betriebe abzuschließen, die
- a) zum Anbau der Vertragskulturen durch Anbaubescheid verpflichtet sind;
 - b) Korbweidenflächen (ausschließlich der wildwachsenden) nutzen, unabhängig von der Größe der Fläche;
 - c) 101 und mehr Tabakpflanzen anbauen, auch wenn sie keinen Anbaubescheid erhalten haben.

§ 107

Zeitraum des Vertragsabschlusses

Die im § 106 Abs. 1 genannten Erfassungsbetriebe haben den Vertragsabschluß mit allen Anbauern nach dem vom Staatssekretariat für Er-

fassung und Einkauf gesondert herausgegebenen Terminplan durchzuführen.

Zu § 39 der Verordnung:

§ 108

Differenzierung der Liefermengen für die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe

Die Differenzierung der Liefermengen, besonders der Kulturen Zuckerrüben, Faserpflanzen und Korbweiden, soll so durchgeführt werden, daß entsprechend den Erzeugungsbedingungen unabhängig von den Betriebsgrößengruppen unterschiedliche Normen innerhalb der Gemeinden für die einzelnen Wirtschaften festgelegt werden.

§ 109

Änderung oder Ergänzung von Verträgen

(1) Ergibt sich bis zum Abschluß der Ernte infolge bedeutender Ertragsausfälle oder Ertragsminderungen, die ohne Verschulden des Erzeugers eintreten, die Notwendigkeit einer Änderung oder Ergänzung eines Vertrages, so ist wie folgt vorzugehen: Anträge der Erzeuger auf Änderung der im Vertrag festgelegten Liefermengen sind beim zuständigen Erfassungsbetrieb (VEAB, Zuckerfabrik usw.) einzureichen. Dieser hat die Angaben des Erzeugers an Ort und Stelle gewissenhaft zu prüfen. Entsprechen die Angaben des Erzeugers den Tatsachen, so hat der Erfassungsbetrieb den Antrag innerhalb von zehn Tagen mit der Begründung über die Ursachen des Schadens an den Rat des Kreises weiterzuleiten. Dieser hat den Antrag innerhalb von zehn Tagen zu prüfen und zu entscheiden. Wird die Begründung als zutreffend anerkannt und rechtfertigt sie den Antrag, so ist die im Vertrag festgelegte Ablieferungsmenge um die Höhe des tatsächlichen Schadens zu ermäßigen. Der Rat des Kreises hat seine Entscheidung dem Erfassungsbetrieb und bei einer Änderung der Ablieferungsmenge auch dem Rat der Gemeinde innerhalb zehn Tagen mitzuteilen, damit diese die Lieferanten- bzw. Erzeugerkarteikarten berichtigen können. Der Erfassungsbetrieb hat dem Erzeuger die Entscheidung des Kreises mitzuteilen und die erforderliche Berichtigung des Vertrages vorzunehmen.

(2) Erweist sich eine Vertragsberichtigung infolge Verschuldens des Anbauers als notwendig, so kann der Rat der Gemeinde im Einvernehmen mit dem Erfassungsorgan die Ablieferungsschulden in das nächste Veranlagungsjahr vortragen lassen.

Zu § 40 der Verordnung:

§ 110

Ablieferungsbescheide an Stelle von Verträgen

(1) Verweigert ein Erzeuger trotz wiederholter Aufklärung den Vertragsabschluß, oder erkennt er die Ablieferungsverpflichtung nicht an, so ist wie folgt zu verfahren:

Die Namen und Liefermengen der betreffenden Erzeuger sind in Listen zusammengefaßt mit den Verträgen (in doppelter Ausfertigung) dem Rat des Kreises wöchentlich zu übergeben. Dabei sind die Gründe der Verweigerung anzugeben. Die Übergabe ist zu der im Terminplan vorgesehenen Frist abzuschließen.

(2) Der Rat des Kreises hat unverzüglich mit den betreffenden Erzeugern Verbindung aufzunehmen, um diese zum Vertragsabschluß zu veranlassen.

(3) Kommt es trotz der Vermittlung des Rates des Kreises mit dem Erzeuger nicht zum Vertragsabschluß, so ist für das betreffende landwirtschaftliche Erzeugnis ein Ablieferungsbescheid auszuhändigen. An Stelle des Ablieferungsbescheides kann auch der jeweilige Vertrag mit dem Überdruck „Verbindlich nach § 40 Abs. 1 der Verordnung“ verbindlich erklärt werden. In diesem Falle werden für den Erzeuger alle Vertragsbedingungen wirksam. Die Ablieferungsbescheide oder die zweiten Ausfertigungen der Verträge sind binnen fünf Tagen nach der Entscheidung den Erzeugern gegen Empfangsbestätigung auszuhändigen. Die Räte der Kreise haben die Veranlagung durch Ablieferungsbescheid oder durch Vertrag den Erfassungsbetrieben zu bestätigen und ihnen das zweite Exemplar des Vertrages zurückzugeben.

(4) Kommt es zu Streitigkeiten zwischen einem Erfassungsbetrieb und einem VEG oder einer LPG, so entscheidet über die Höhe der in den Vertrag aufzunehmenden Liefermengen bei LPG und kreisgeleiteten VEG der Rat des Kreises, bei bezirksgeleiteten VEG der Rat des Bezirkes und bei zentralgeleiteten VEG das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft. Die Verträge mit den in diesem Verfahren festgesetzten Liefermengen sind von den Vertragspartnern innerhalb einer Woche nach Zustellung der Entscheidung abzuschließen.

3. Unterabschnitt

Veranlagung und Aufgliederung der Planmengen von tierischen Rohstoffen

Zu § 39 der Verordnung:

§ 111

Veranlagung zur Pflichtablieferung von Edelpelztierfellen (aufgehoben)

Abschnitt XIII

Erzeuger- und Lieferantenkarteien

Zu §§ 32 und 38 der Verordnung:

§ 112

Die Erzeugerkartei

(1) Die Räte der Gemeinden sind verpflichtet, für alle ablieferungspflichtigen Personen (mit Ausnahme von VEG) unverzüglich nach Aushändi-

gung der Ablieferungsbescheide und der Durchführung der Vertragsabschlüsse das Ablieferungssoll und die vertragliche Liefermenge in die Erzeugerkarteikarte des betreffenden Erzeugers einzutragen.

(2) Das Muster der Erzeugerkarteikarte wird vom Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf herausgegeben.

(3) In die Erzeugerkarteikarten sind zur Kontrolle der Planerfüllung die Mengen der Ablieferung aus folgenden Unterlagen einzutragen:

- a) Ablieferungsbescheinigungen,
- b) Anrechnungsbescheinigungen,
- c) Abrechnungen für Milch und Zuckerrüben,
- d) Sammellisten für Eier und Geflügel,
- e) Gutschriften auf die Pflichtablieferung.

Eintragungen aus anderen Unterlagen sind unzulässig.

(4) Zum Nachweis über den Erfüllungsstand aller Ablieferungspflichtigen in der Gemeinde haben die Räte der Gemeinden besondere Gemeindeübersichten (Gemeindedeckblätter) zu führen, in die alle Ergebnisse der Ablieferung aus den Erzeugerkarteikarten zu übernehmen sind.

(5) Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und ständige Tagfertigkeit der Erzeugerkarteien und der Deckblätter sind die Räte der Gemeinden verantwortlich.

(6) Die Erzeugerkarteien sind unter Verschluss zu halten. Einsicht in die Erzeugerkarteikarte ist dem Erzeuger und den Erfassungs- und Kontrollorganen zu gewähren.

(7) Rücklieferungen für Saatgutdarlehen sind in die Erzeugerkartei des betreffenden Ablieferungspflichtigen einzutragen.

(8) In die Erzeugerkarteikarten ist neben den Ablieferungen auf das Ablieferungssoll auch der Verkauf und die Vertragsabschlüsse über die Mast von Schlachtvieh — nach § 7 Abs. 4 der Anordnung Nr. 2 vom 24. Dezember 1957 (GBl. I S. 74) — einzutragen.

§ 113

Führung der Lieferantenkartei

(1) Die Räte der Kreise übergeben nach Abschluß der differenzierten Veranlagung den VEAB und den anderen Erfassungsorganen die festgelegten Ablieferungsmengen für sämtliche ablieferungspflichtigen Personen des Kreises zur Einrichtung der Lieferantenkarteien.

(2) Die VEAB und die anderen Erfassungsorganen haben auf Grund dieser Unterlagen unverzüglich die Angaben über die Pflichtablieferung für die zu ihrem Gebiet gehörenden Erzeuger und nach der Durchführung der Vertragsabschlüsse die vertraglichen Liefermengen in die Lieferantenkarteikarten einzutragen.

(3) Das Muster der Lieferantenkarteikarten wird vom Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf herausgegeben.

(4) Zum Nachweis über den Erzeugungsstand der einzelnen Gemeinden sind ebenfalls besondere Gemeindeübersichten (Gemeindedeckblätter) zu führen.

(5) Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und ständige Tagfertigkeit der Lieferantenkartei und der Gemeindedeckblätter sind die Leiter der Erfassungsstellen verantwortlich.

(6) Die Lieferantenkartei sind unter Verschluss zu halten.

(7) In die Lieferantenkartei sind zur Kontrolle der Planerfüllung die Mengen der Ablieferung aus folgenden Unterlagen einzutragen:

- a) Ablieferungsbescheinigungen,
- b) Anrechnungsbescheinigungen,
- c) Abrechnungen für Milch und Zuckerrüben,
- d) Sammelisten für Eier und Geflügel,
- e) Gutschriften auf die Pflichtablieferung.

Eintragungen aus anderen Unterlagen sind unzulässig.

(8) Die Betriebsleiter der VEAB und die Leiter der übrigen Erfassungsorgane sind dafür verantwortlich, daß die Vollständigkeit und Richtigkeit der Lieferantenkartei im Betriebe sowie in den Annahme- oder Erfassungsstellen mindestens einmal in jedem Quartal genau geprüft wird. Bei Unstimmigkeiten haben sie sofort die zu ihrer Beseitigung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

(9) Rücklieferungsmengen für Saatgutdarlehen sind von den VEAB auf Grund der Meldung des Rates des Kreises in die Lieferantenkartei einzutragen.

(10) Die beim Aufkauf ausgestellten Ablieferungsbescheinigungen und Sammelisten sind in der Lieferantenkartei nicht zu buchen; dies gilt nicht für den Aufkauf von Schlachtvieh, der einzutragen ist.

§ 114

Abstimmung der Lieferantenkartei mit den Erzeugerkartei

(1) Die Erfassungsstellen haben ihre Lieferantenkartei mit den Erzeugerkartei der Räte der Gemeinden abzustimmen, und zwar:

- a) für tierische Erzeugnisse einmal in jedem Quartal,
- b) für Wolle je einmal im III. und IV. Quartal,
- c) für Getreide, Speisehülsenfrüchte, Ölsaaten, Heu und Stroh im Monat Oktober;
- d) für Kartoffeln im Monat November.

(2) Ergeben sich bei der Abstimmung Differenzen, so sind diese an Hand der Belege gewissenhaft zu klären und die unrichtigen Eintragungen zu berichtigen.

(3) Bis zum 25. Januar des folgenden Jahres ist eine Endabstimmung nach dem Stand vom 31. Dezember des vergangenen Jahres für die im Abs. 1 aufgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse durchzuführen. Dabei sind

die Ablieferungsschulden für jeden einzelnen Erzeuger festzustellen und für die Ausstellung der Nachtragsbescheide in einem Nachweis festzuhalten.

(4) Die Räte der Gemeinden und die Erfassungsstellen bestätigen sich gegenseitig die Abstimmung. Die Bestätigung erfolgt durch die Räte der Gemeinden auf den Gemeindedeckblättern der Lieferantenkartei und durch die Erfassungsstellen auf den Deckblättern zur Erzeugerkartei.

(5) Die Ablieferungsschulden der einzelnen Erzeuger sind nach Endabstimmung in die Lieferanten- und Erzeugerkartei für das neue Veranlagungsjahr vorzutragen.

§ 115

Kontrolle der Erzeuger- und Lieferantenkartei

(1) Die Räte der Kreise haben ständig, jedoch mindestens einmal im Monat, in jeder Gemeinde zu prüfen, ob die Erzeugerkartei beim Rat der Gemeinde auf Grund der übergebenen Ablieferungsbescheinigungen, Anrechnungsbescheinigungen und Sammelisten vollständig, richtig und tagfertig geführt wird. Werden Mängel festgestellt, so ist ihre Beseitigung zu veranlassen. Die Durchführung der Kontrolle ist auf dem Gemeindedeckblatt der Erzeugerkartei zu vermerken.

(2) Die Abteilungen Erfassung und Aufkauf der Räte der Kreise haben die Vollständigkeit und Richtigkeit der Lieferantenkartei bei den VEAB und den anderen Erfassungsorganen und die Durchführung der Abstimmung der Lieferantenkartei mit den Erzeugerkartei mindestens einmal in jedem Quartal zu kontrollieren.

Abschnitt XIV

Fristen der Ablieferung und Maßnahmen zu ihrer Erfüllung

Zu § 42 der Verordnung:

§ 116

1.

Die Erzeuger, die zur Pflichtablieferung von Getreide und Speisehülsenfrüchten veranlagt sind, haben diese Erzeugnisse innerhalb folgender Fristen in Höhe der nachfolgenden Prozentsätze abzuliefern:

a) In den Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Potsdam, Frankfurt, Cottbus, Magdeburg, Halle, Leipzig und Dresden — außer in den Kreisen Dippoldiswalde, Pirna und Sebnitz —

bis 31. August	25 %
bis 30. September	50 %
bis 31. Oktober	70 %
bis 15. Dezember	100 %

b) In den Bezirken Erfurt, Gera, Suhl, Karl-Marx-Stadt und in den Kreisen Dippoldiswalde, Pirna und Sebnitz des Bezirkes Dresden

bis 31. August	15 %
bis 30. September	40 %
bis 31. Oktober	70 %
bis 15. Dezember	100 %

2.

Die Erzeuger sind verpflichtet, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse innerhalb folgender Fristen in Höhe der festgesetzten Prozentsätze abzuliefern:

	bis Ende	Prozentsatz der Ablieferung davon im laufend. Monat	
		insgesamt %	insgesamt %
Ölsaaten:	August	60	60
	September	80	20
	Oktober	100	20
Kartoffeln:			
(davon Frühkartoffeln bis 10. August 70 dz je Hektar Anbaufläche)	September	20	20
	Oktober	75	55
	November	100	25
Obst:			
Erdbeeren, Johannisbeeren und sonstige Beeren, frühe Sorten von Steinobst und Spätkirschen	unmittelbar nach Aberntung	100	—
Herbstsorten von Kern- und Steinobst	15. Oktober	100	—
Spät- und Wintersorten von Obst	5. November	100	—
Nüsse	November	100	—
Heu:			
	Juni	20	20
	Juli	50	30
	August	65	15
	September	80	15
	Dezember	100	20
Stroh:			
(einschließlich Ölsaatenstroh in Anrechnung auf Getreidestroh)	Juli	10	—
	August	40	—
	September	60	—
	Oktober	75	—
	November	90	—
	Dezember	100	—
Zuckerrüben			
(sofern in den zwischen den Erzeugern und den Zuckerfabriken abgeschlossenen			

	bis Ende	Prozentsatz der Ablieferung davon im laufend. Quartal	
		insgesamt %	insgesamt %
Verträgen oder in den Anfuhrplänen der Zuckerfabriken ein früherer Ablieferungstermin festgelegt wurde, ist dieser Termin verbindlich)	Dezember	100	—
Rohtabak (laut besonderem Termin)	Februar d. folgend. Jahres	100	—
Arznei- und Gewürzpflanzen	zu den besonders festgelegten Terminen	—	—
Mohnkapseln	September	50	—
	Dezember	100	—
(Zichorienwurzeln sind gestrichen)			
Faserlein, Ölfaserlein und Hanf	spätestens 31. März des folgenden Jahres (bei Röststroh 31. Mai)	100	—
Korbweiden	15. März des folgenden Jahres	100	—
Schlachtvieh	März	25	25
	Juni	50	25
	September	75	25
	Dezember	100	25
Milch	März	30	30
	Juni	60	30
	September	85	25
	Dezember	100	15
Eier	März	30	30
	Juni	85	55
	September	95	10
	Dezember	100	5
Geflügel	September	30	30
	Dezember	100	70

(Im I. bis III. Quartal; bis 10. 12.)

Gemeinsame und Schlußbestimmungen

Zu § 44 Abs. 2 der Verordnung:

§ 117

Statut der VEAB

Bis zu einer Neuregelung gilt das Statut der volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe für landwirtschaftliche Erzeugnisse (VEAB) vom 9. Juni 1952 (MinBl. S. 89) in der Fassung der Anordnung vom 2. August 1956 (GBl. II S. 293).

Zu § 45 der Verordnung:

§ 118

Ausnahmen von den Bestimmungen des § 45

Unter die Bestimmungen des § 45 der Verordnung fallen nicht Silos, Läger, Speicher und sonstige Lagerräumlichkeiten oder Teile davon, die im Eigentum bzw. in Rechtsträgerschaft der VEG, der Konsumgenossenschaften, der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften, der Deutschen Saatgut-Handelsbetriebe oder der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) stehen und für die Lagerung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen bestimmt sind, sofern sie für diese Zwecke voll benutzt werden.

§ 119

Verfahrensbestimmungen für die Inanspruchnahme von Silos, Lägern, Speichern und sonstigen Lagerräumlichkeiten nach § 45

(1) Sofern es sich nicht um die im § 118 genannten Rechtsträger handelt, sind die VEAB und die anderen zugelassenen Erfassungsorgane berechtigt, von den Eigentümern oder Besitzern von Silos, Speichern, Lägern und sonstigen Räumen, die zur Lagerung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen genutzt werden oder zur Lagerung dieser Erzeugnisse geeignet sind, den Abschluß von Miet- (auch Pacht-) oder entgeltlichen Einlagerungsverträgen zu verlangen.

(2) Handelt es sich um volkseigene Grundstücke, so ist die Inanspruchnahme nach der Anordnung vom 21. August 1956 über das Verfahren bei Veränderungen in der Rechtsträgerschaft an volkseigenen Grundstücken (GBl. I S. 702) durchzuführen.

(3) Kommt hinsichtlich privater Grundstücke über die Miete, Pacht oder Einlagerung eine Einigung nicht zustande, so entscheidet auf Antrag des VEAB oder des anderen zugelassenen Erfassungsorgans der Rat des Kreises über die Zulässigkeit der Inanspruchnahme der Silos, Speicher, Läger und Räume und über die Zeitdauer.

(4) Gegen die Entscheidung des Rates des Kreises kann innerhalb zehn Tagen nach Zustellung Einspruch beim Rat des Bezirkes erhoben werden. Der Rat des Bezirkes entscheidet endgültig.

(5) Die Entscheidung des Rates des Kreises oder Bezirkes nach den Absätzen 3 und 4 muß neben der Bezeichnung des Grundstückes, das dem VEAB oder dem zugelassenen Erfassungsorgan zu vermieten oder zu verpachten oder in dem die Einlagerung durchzuführen ist, auch Zweck und Notwendigkeit der Inanspruchnahme darlegen. Der Bescheid ist dem betroffenen Eigentümer oder Besitzer gegen Empfangsbestätigung auszuhandigen.

§ 120

Einigungsversuch

Die Räte der Kreise und der Gemeinden haben vor ihren Entscheidungen nach § 119 zu versuchen, durch Verhandlungen eine Einigung oder den Abschluß des Vertrages zu erreichen.

§ 121

Wirkung der Inanspruchnahme

Der Bescheid über die Zulässigkeit der Inanspruchnahme nach § 120 ersetzt die rechtsgeschäftliche Willenserklärung des Betroffenen, die zur Begründung des Miet- oder Pacht- oder Einlagerungsverhältnisses nach den Bestimmungen des Zivilrechts erforderlich ist. Die Erfüllung der Verpflichtungen kann von dem Rat des Kreises oder Bezirkes, der sie ausgesprochen hat, im Verwaltungswege und von dem VEAB oder dem anderen zugelassenen Erfassungsorgan im ordentlichen Rechtsweg durchgesetzt werden.

Zu § 47 Abs. 2 der Verordnung:

§ 122

Anweisungen der Räte der Kreise über die Anwendung der Abnahme- und Gütebestimmungen

(1) Kommt es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Erfassungsorgan und dem Erzeuger über die Abnahme landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder über die Anwendung der geltenden Gütebestimmungen, so können beide beim Rat des Kreises eine Verfügung darüber beantragen, ob das betreffende landwirtschaftliche Erzeugnis abgenommen werden muß bzw. ob eine bestimmte Güte vorliegt. Der Rat des Kreises hat einen solchen Antrag unverzüglich zu bearbeiten.

(2) Der Rat des Kreises oder sein Beauftragter hat an den VEAB oder das zuständige Erfassungs- und Aufkauforgan die erforderliche Anweisung über die Abnahme oder über die Anwendung der geltenden Gütebestimmungen zu erteilen. Das Rechtsverhältnis zwischen Erzeuger und VEAB aus der Ablieferung des betreffenden Erzeugnisses wird durch die Anweisung des Rates des Kreises oder des Beauftragten nicht berührt, es richtet sich nach den dafür geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Bei der Anweisung an den VEAB ist zu beachten, daß durch die Abnahme nicht die übrigen bereits abgenommenen und lagernden Erzeugnisse in ihrer

Qualität gefährdet werden und daß der ungestörte Ablauf der Abnahme der betreffenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Betrieb gewährleistet wird.

(3) Die getroffene Anweisung (Verfügung) ist vom Rat des Kreises oder seinem Beauftragten dem VEAB (Erfassungs- und Aufkauforgan) und dem Erzeuger mitzuteilen und binnen drei Tagen schriftlich zu bestätigen. Ein Einspruch ist dagegen nicht gegeben.

(4) Wird der VEAB bzw. das andere Erfassungs- und Aufkauforgan angewiesen, daß das landwirtschaftliche Erzeugnis abzunehmen ist, muß das betreffende landwirtschaftliche Erzeugnis entsprechend der Anweisung nach den vorstehenden Bestimmungen abgenommen und bezahlt werden. Der Preis regelt sich nach den geltenden Preisvorschriften.

(5) Verfügt der Rat des Kreises oder der Beauftragte, daß der VEAB oder das Erfassungs- und Aufkauforgan das Erzeugnis nicht abzunehmen braucht, so ist der Erzeuger verpflichtet, das Erzeugnis zurückzunehmen und für seinen Abtransport auf seine Kosten und Gefahr zu sorgen. In diesem Falle hat der Erzeuger auch die Kosten der Entscheidung nach § 47 Abs. 2 der Verordnung zu tragen.

(6) Die Entscheidung von Streitigkeiten, die sich aus der Durchführung der Anweisung zwischen den VEAB oder dem Erfassungs- und Aufkauforgan und dem Erzeuger ergeben, regelt sich nach § 61 der Verordnung.

Zu § 48 der Verordnung:

§ 123

Ablieferungsbescheinigungen

(1) Die ordnungsgemäß ausgestellte Ablieferungsbescheinigung ist der für die Erfüllung des Ablieferungssolls und über den freien Verkauf gültige Nachweis. Ablieferungsbescheinigungen dürfen nur über die Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse ausgestellt werden, die tatsächlich (in natura) bei dem betreffenden Erfassungs- und Aufkauforgan abgeliefert wurden oder die nach den geltenden Bestimmungen als abgeliefert anzusehen sind (z. B. gemäß § 52 der Verordnung bei Einlagerungsverträgen).

(2) Die Ablieferungsbescheinigung bedarf zu ihrer Gültigkeit der Unterschrift des zur Ausstellung berechtigten Mitarbeiters des Erfassungs- und Aufkauforgans. Ist der Erzeuger bei der Ablieferung anwesend, so ist auch seine Unterschrift einzuholen. Kann die Ablieferungsbescheinigung wegen der noch durchzuführenden Gütebestimmung nicht sogleich nach der Ablieferung ausgestellt werden, so ist eine Annahmekquittung auszufertigen, die von dem Mitarbeiter des Erfassungs- und Aufkauforgans und vom Erzeuger zu unterschreiben ist.

(3) Das Erfassungs- und Aufkauforgan ist verpflichtet, die erste Ausfertigung der Ablieferungsbescheinigung dem Erzeuger sofort nach der Ablieferung, spätestens aber innerhalb der 10-Tage-Frist des § 54 der Verordnung, auszuhändigen. Bemängelungen der in der Ablieferungsbescheinigung enthaltenen Eintragungen und Angaben über Qualität, Menge und

Preis sind vom Empfänger (Erzeuger) innerhalb einer Frist von 30 Tagen, gerechnet vom Tage der Aushändigung oder Zustellung der Bescheinigung, dem Erfassungsorgan schriftlich oder mündlich (zu Protokoll) mitzuteilen. Das Erfassungs- und Aufkauforgan hat die mitgeteilten Mängel in der Ablieferungsbescheinigung zu prüfen und erforderlichenfalls die Richtigstellung zu veranlassen. Das Erfassungs- und Aufkauforgan kann innerhalb der gleichen 30tägigen Frist fehlerhafte Eintragungen über Qualität, Menge und Preis in der Ablieferungsbescheinigung gegenüber dem Empfänger (Erzeuger) schriftlich berichtigen. Offensichtliche Rechen- oder Schreibfehler können vom Erfassungs- und Aufkauforgan innerhalb Jahresfrist, vom Tage der Ausstellung der Ablieferungsbescheinigung an gerechnet, berichtigt werden. Nach Ablauf der angeführten Fristen erlischt für den Erzeuger und das Erfassungs- und Aufkauforgan der Anspruch auf Berichtigung, und die Ablieferungsbescheinigung ist mit allen ihren Angaben und Eintragungen für die beiderseitigen Rechtsverhältnisse verbindlich.

(4) Dem Rat der Gemeinde ist in der gleichen Frist wie nach Absatz 3 eine Ausfertigung der Ablieferungsbescheinigung zuzustellen.

(5) Die Erfassungs- und Aufkauforgane haben die Vordrucke der Ablieferungsbescheinigungen und Annahmekquittungen so aufzubewahren, daß jeder Mißbrauch ausgeschlossen wird.

§ 124

Ablieferungsbescheinigungen über Saat- und Pflanzgut

(1) Die Ablieferungsbescheinigungen über anerkanntes Saatgut und Pflanzgut sind durch die DSG-Handelsbetriebe auszustellen.

(2) Der DSG-Handelsbetrieb ist verpflichtet, die Ablieferungsbescheinigungen nach Erfassungsstellen, Gemeinden und Fruchtarten geordnet mit einer Zusammenstellung der VEAB zur Registrierung der Planerfüllung dekadenweise zu übergeben.

§ 125

Ablieferungsbescheinigungen über Zucht- und Nutzvieh

(1) Die Ablieferungsbescheinigungen über die Ablieferung von Zucht- und Nutzvieh im Rahmen des Pflichtablieferungssolls sind von den Handelskontoren für Zucht- und Nutzvieh auszustellen.

(2) Die Handelskontore für Zucht- und Nutzvieh sind verpflichtet, die Ablieferungsbescheinigungen bzw. Kaufbescheinigungen, nach Erfassungsstellen und Gemeinden geordnet, mit einer Zusammenstellung den VEAB zur Registrierung der Planerfüllung dekadenweise zu übergeben.

§ 126

Abrechnung für Milch und Zuckerrüben

(1) Die Molkereien sind verpflichtet, jedem Erzeuger eine Milchabrechnungskarte oder ein Exemplar der Milchannahmeliste auszustellen; Ab-

lieferungsbesccheinigungen werden bei der Ablieferung von Milch nicht erteilt.

(2) Die Milchabrechnungskarten und Milchannahmelisten werden vom Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf herausgegeben.

(3) Die Molkereien sind verpflichtet, die Ablieferung von Milch den Erzeugern in die auf ihre Namen ausgestellten Milchabrechnungskarten oder Milchannahmelisten einzutragen.

(4) Zum Zwecke der Kontrolle sind den Erzeugern die ausgefüllten Milchabrechnungskarten täglich bzw. die Milchannahmelisten dekadeweise zurückzugeben.

(5) Die Zuckerfabriken sind verpflichtet, jedem Anbauer von Zuckerrüben über die Ablieferung von Zuckerrüben eine Abrechnung auszustellen, von der eine Ausfertigung dem Rat der Gemeinde zur Verbuchung der Ablieferung in der Erzeugerkartei zu übergeben ist.

§ 127

Eier- und Geflügelkontrollkarten

(1) Die Erfassungsstellen der VEAB sind verpflichtet, die Ablieferung von Eiern und Geflügel den Erzeugern in die auf ihren Namen ausgestellten Eierkontrollkarten bzw. Geflügelkontrollkarten einzutragen.

(2) Die Erfassungsstellen der VEAB haben über die Ablieferung von Eiern und von Geflügel Sammellisten auszufertigen, von denen eine Ausfertigung dem Rat der Gemeinde zur Verbuchung der Ablieferung in der Erzeugerkartei zu übergeben ist.

§ 128

Ablieferungsbescheinigungen beim Aufkauf

(aufgehoben)

Zu § 52 der Verordnung:

§ 129

Kennzeichnung der eingelagerten Erzeugnisse

- (1) Alle Erzeugnisse, die auf Grund der Bestimmung des § 52 der Verordnung zeitweilig eingelagert werden, sind in der Weise besonders zu kennzeichnen, daß auf einer Tafel, die auf oder bei dem Erzeugnis anzubringen ist, die Menge des gelagerten Erzeugnisses, der Name des Erzeugers und des Erfassungs- und Aufkauforgans angegeben ist. Außerdem ist ausdrücklich auf der Tafel zu vermerken: „Eigentum des VEAB“.
- (2) Die Erzeuger, mit denen Einlagerungsverträge abgeschlossen wurden, sind von den Erfassungs- und Aufkauforganen schriftlich gegen Empfangsbestätigung davon in Kenntnis zu setzen, daß über die Erzeugnisse nur von Erfassungs- und Aufkauforganen verfügt werden kann und daß jede

ergänzungsgesetzes vom 11. Dezember 1957 (GBl. I S. 643) verfolgt werden kann.

Zu § 62 der Verordnung:

§ 130

Voraussetzung des Verfahrens nach § 62

Dem Verfahren nach § 62 der Verordnung muß immer das Verfahren nach § 43 der Verordnung vorausgehen. Kommt es trotz dieses Verfahrens nicht zur Erfüllung der Verpflichtungen, so ist die Kontrolle, erforderlichenfalls die Sicherstellung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach den folgenden Bestimmungen durchzuführen.

§ 131

Kontrolle der Vorräte

(1) Die Kontrolle der Vorräte kann von den Mitarbeitern oder Beauftragten der im § 62 der Verordnung angeführten Organe nur auf Grund eines besonderen Auftrages dieser Dienststellen, mit dem sie sich gegenüber den betreffenden landwirtschaftlichen Betrieben auszuweisen haben, durchgeführt werden.

(2) Das mit der Durchführung der Kontrolle beauftragte Organ ist berechtigt, zum Zwecke der Kontrolle die landwirtschaftlichen Betriebe, Läger oder sonstige Betriebsstätten der nach der Verordnung ablieferungspflichtigen Person zu betreten. Beim Betreten des Betriebes sind alle Maßnahmen zur Einschränkung der Verbreitung von Seuchen einzuhalten.

(3) Die Kontrolle ist immer in Anwesenheit des Erzeugers oder seines Vertreters vorzunehmen. Über die Durchführung der Kontrolle ist eine Niederschrift aufzunehmen, in der die Ergebnisse der Kontrolle und insbesondere die Menge der bei der Kontrolle vorgefundenen Erzeugnisse zu vermerken ist.

(4) Stellt der Mitarbeiter oder Beauftragte fest, daß landwirtschaftliche Erzeugnisse zur Erfüllung der Pflichtablieferung vorhanden sind, so hat er den Erzeuger auf seine sofortige Pflichterfüllung hinzuweisen und ihn zum Abtransport der zur Erfüllung seines Ablieferungssolls notwendigen Menge zur zuständigen Erfassungsstelle aufzufordern.

§ 132

Verfahren zur Sicherstellung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

(1) Besteht auf Grund des Ergebnisses der Kontrolle die Gefahr, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Versorgung entzogen werden oder würde trotz Aufforderung nach § 131 die Ablieferungspflicht nicht unverzüglich ganz oder zum Teil erfüllt, so können die Mitarbeiter oder Beauftragten der im § 62 der Verordnung genannten Organe eine vorläufige

Sicherstellung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in dem zur Erhaltung der Ablieferungspflicht notwendigen Umfang, unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der weiteren Wirtschaftsführung des betreffenden Betriebes, durchführen.

(2) Diese vorläufige Sicherstellung kann nur in Anwesenheit des Erzeugers oder seines gesetzlichen oder berechtigten Vertreters und unter Teilnahme der Vertreter des Rates der Gemeinde und der VdGB vorgenommen werden. Erscheint der Erzeuger oder sein Vertreter trotz Aufforderung nicht, so kann die Sicherstellung auch in seiner Abwesenheit durchgeführt werden.

(3) Über die vorläufige Sicherstellung hat der Beauftragte ein Protokoll auszufertigen, worin die Namen der bei der Durchführung beteiligten Personen, die Höhe der zu sichernden bzw. nicht erfüllten Ablieferungspflicht, die Art und Menge der sichergestellten Erzeugnisse und andere bedeutsame Umstände festzuhalten sind, zu denen es bei der Durchführung der vorläufigen Sicherstellung gekommen ist.

(4) Die vorläufig sichergestellten landwirtschaftlichen Erzeugnisse kann der Mitarbeiter oder Beauftragte der im Abs. 2 genannten Organe an einem anderen geeigneten Platz lagern, wenn Gefahr besteht, daß sie der Versorgung entzogen werden können.

§ 133

Ablieferung und Abtransport

(1) Die im § 62 der Verordnung genannten Organe können nach der vorläufigen Sicherstellung den säumigen Erzeuger verpflichten, die sichergestellten landwirtschaftlichen Erzeugnisse an das zuständige Erfassungsorgan unverzüglich abzuliefern. Dem Erzeuger ist dazu eine schriftliche Aufforderung zu übergeben, in der gleichzeitig eine Frist — äußerstenfalls bis zu drei Tagen — zur nachträglichen Erfüllung zu erteilen ist. Das Einspruchsverfahren gegen diese Verfügung regelt sich nach § 35 Absätze 2 bis 4 der Verordnung.

(2) Nach Ablauf der Frist können die im § 62 der Verordnung genannten Organe den Abtransport der sichergestellten Erzeugnisse durch das Erfassungsorgan auf Kosten des Erzeugers veranlassen. Der Abtransport ist in Anwesenheit des Erzeugers oder seines Vertreters, des Beauftragten des Rates des Kreises sowie des Erfassungsorgans und von Vertretern des Rates der Gemeinde und der VdGB durchzuführen. Erscheint der Erzeuger oder sein Vertreter trotz Aufforderung nicht, so kann der Abtransport auch in seiner Abwesenheit durchgeführt werden. Über den Abtransport ist vom Beauftragten ein Protokoll aufzunehmen, das dem Abteilungsleiter der Abteilung Erfassung und Einkauf vorzulegen ist.

(3) Die Erfassungsorgane sind verpflichtet, über die ihnen abgelieferten, sichergestellten Erzeugnisse dem Erzeuger nach den Bestimmungen über die Pflichtablieferung die Ablieferungsbescheinigung zu erteilen und den Erlös zu überweisen.

60

Zu § 64 der Verordnung:

§ 134

Verantwortlichkeit

Die Verantwortlichkeit nach § 64 der Verordnung umfaßt insbesondere die Verpflichtung der in diesem Paragraphen genannten Organe und bezeichneten Personen:

1. zur genauen und termingemäßen Durchführung der Aufgaben, die sich für sie nach der Verordnung und den zu ihr erlassenen Durchführungsbestimmungen und Anordnungen ergeben;
2. zur ständigen Kontrolle der Durchführung der Bestimmungen der Verordnung und der zu ihr erlassenen Durchführungsbestimmungen und Anordnungen durch die nachgeordneten Organe;
3. im Falle der Gefährdung der Erfüllung der Erfassungs- und Aufkaufpläne unverzüglich alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, die die Erfüllung sichern und davon erforderlichenfalls die übergeordneten Organe sofort zu unterrichten und
4. die nachgeordneten Organe zur Verantwortung zu ziehen, die die ihnen nach der Verordnung und den zu ihr erlassenen Durchführungsbestimmungen und Anordnungen obliegenden Aufgaben nicht oder falsch ausführen oder ihre Ausführung vereiteln oder erschweren.

§ 135

Inkrafttreten

(1) Diese Durchführungsbestimmung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1956 in Kraft; die Außerkraftsetzung der bisher geltenden Bestimmungen regelt sich nach § 65 der Verordnung.

(2) Sofern nach den Bestimmungen des § 65 Abs. 1 der Verordnung die Veranlagung zur Pflichtablieferung für das Jahr 1956 bereits durchgeführt wurde, sind die Ablieferungsbescheide oder Verträge zu ändern bzw. aufzuheben, wenn die Veranlagung nicht den Bestimmungen dieser Durchführungsbestimmung entspricht. Die Erzeuger können innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Verkündung dieser Durchführungsbestimmungen diese Änderung oder Aufhebung beim Rat des Kreises beantragen.

Berlin, den 31. März 1956

Anmerkung: Die Zweite Durchführungsbestimmung vom 6. August 1956 ist mit Wirkung vom 1. August 1956 in Kraft getreten. Dies ist im § 2 dieser Durchführungsbestimmung festgelegt.

Die Dritte Durchführungsbestimmung ist mit Wirkung vom 1. Januar 1957 in Kraft getreten.

Die Vierte Durchführungsbestimmung legt im § 53 folgendes fest: „Diese Durchführungsbestimmung tritt am 1. Januar 1958 in Kraft. Bei der Veranlagung zur Pflichtablieferung für das Jahr 1958 ist bereits diese Durchführungsbestimmung anzuwenden.“

61

Herausgeber: Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin - Redaktion: Berlin C 111, Kurstraße, Fernruf 1 093 067. - Erscheinungsweise: nach Bedarf. - Bezug durch Abteilung Kader und Schulung des Staatssekretariats für Erfassung und Aufkauf. - Bezugspreis: vierteljährlich 0,50 DM. - Veröffentlicht unter der Druckgenehmigungs-Nr. Ag 115 97 DDR des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik.
Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin N 54